Diskussionsveranstaltung der VVN-BdA in Kassel

Was Neues zum 30. Januar 1933?

Am 29. September wollen die VVN-BdA in Kassel mit allen Interessierten darüber diskutieren, wie am 30. Januar 2013 angemessen an die Machtübertragung an die Nazis vor 80 Jahren erinnert werden sollte. Nicht nur über die Herausgabe einer Broschüre und/oder die Schaffung einer Internetseite soll beraten werden, sondern vor allem: Was soll drin stehen?



1933: Massen strömen zu Hitler

So wie unsere Organisation sich in den letzten Jahren verjüngt und verbreitert hat, so haben sich auch die inhaltlichen Zugänge zum Antifaschismus innerhalb der VVN-BdA vermehrt und das gilt auch für eine unserer grundlegenden Fragestellungen: Was sind die Wesensmerkmale des Faschismus?

Bereits bei unserem geschichtspolitischen Kongress »Einspruch« wurde in der Aussprache zu den Referaten von Kurt Pätzold und Wolfgang Wippermann deutlich, dass es dazu Diskussionsbedarf gibt. Wie aktuell ist Dimitroff? Wie kommen Kapitalinteresse und Massengefolgschaft zusammen? Welche Rolle spiel(t)en Rassismus und Antisemitismus?

In einer aktuellen Kontroverse haben Ulrich Schneider und Richard Häsler unterschiedliche Positionen bezogen, über die wir in die Diskussion kommen wollen.



Bild: J. Heartfield

Sie werden deshalb in Kassel ihre beiden Sichtweisen vorstellen, zu der alle anderen Mitdiskutant/innen die ihre hinzufügen sollen/können.

Cornelia Kerth

Zeit und Ort: Samstag, der 29. September, von 12 bis 16 Uhr im »Blauen Café«, Landgraf Karl-Str. 26, Kassel. Das Blaue Café liegt 5 Minuten zu Fuß vom Bahnhof Kassel-Wilhelmshöhe entfernt. Anfahrtsbeschreibung: http://www.bk-ks.de/das-blaue-cafe/ihr-weg-zu-uns.

Die VVN-BdA NRW wird am Rande des Seminars ihr Projekt Spurensuche und Rallye »Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945« vorstellen, zu dem auch das Buch »Von Arisierung bis Zwangsarbeit«, über die Kapitalverbrechen (herausgegeben von Ulrich Sander bei papy rossa) erschienen ist.

Seminare im Herbst

Im Herbst finden in der Bildungsstätte Heideruh in Buchholz//Nordheide zwei weitere Bildungsseminare der VVN-BdA-Bundesorganisation statt.

Neofaschismus in Deutschland

Vom 26.-28. Oktober geht es um das Thema »«. Wir verschaffen uns einen Überblick über die Situation und Geschichte des neofaschistischen Lagers in Deutschland. Es geht nicht darum, Detailwissen aufzuhäufen, sondern ein Verständnis dafür zu entwickeln, wie neofaschistische Akteure auf Veränderungen in Politik und Gesellschaft reagieren. Außerdem wird es darum gehen, wie man sich Informationen beschaffen kann, wie man kritisch mit ihnen umgeht und welche Handlungskonzepte im Kampf gegen Neofaschismus sinnvoll sind.

Das Seminar wird von Thomas Willms, Bundesgeschäftsführer der VVN-BdA, durchgeführt.

Einsteiger/innenseminar

Vom 7.-9 Dezember findet das nächste »Einsteiger/innenseminar« statt. Ziel des Seminars ist es, den Teilnehmenden Grundzüge der Politik der VVN-BdA zu vermitteln, insbesondere unsere historischen Wurzeln. Wie es anfing: Planungen für ein demokratisches Deutschland nach 1945, der Schwur von Buchenwald, die Geschichte der VVN-BdA, wichtige Daten der VVN-BdA, Aktionsvorschläge und Projektideen. Ziel ist es, mit neuen Mitgliedern in die Diskussion über ihr Engagement in der VVN-BdA zu kommen und einen Grundstein für zukünftige Zusammenarbeit zu legen. Das gegenseitige Kennenlernen wird sich durch das Seminar ziehen. Das Seminar wird von Mitgliedern der Bildungs-AG der Bundesvereinigung durchgeführt.

In beiden Seminaren wird mit Kurzvorträgen, Rundgesprächen, Visualisierungen, Arbeitsgruppen und Filmausschnitten gearbeitet. Vorkenntnisse sind nicht erforderlich. Der Beitrag für Teilnehmende beträgt 50,00 € (auf Anfrage ermäßigt auf 35,00 €). Er beinhaltet Vollverpflegung, Unterkunft und Materialien.

Anmeldungen bitte bald an das Bundesbüro per Telefon (030-29784174) oder E-Mail: bundesbuero@vvn-bda.de

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)Bundesvereinigung: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel.: +49 (0)30-29784174, Fax: +49 (0)30-29784179
E-Mail: bundesbuero@vvn-bda.de
www.vvn-bda.de

Die Zweite Generation

Kinder von antifaschistischen Widerstandskämpfern und Emigranten treffen sich am: 12./13. Oktober 2012 in Berlin.

Ort:

Robert-Havemann-Saal, Haus der Demokratie und Menschenrechte Berlin, Greifswalder Straße 4, Tram 4, Bus (142, 200,) Haltestelle „Am Friedrichshain

Mit Christa Bröcher , Prof. Dr. Micha Brumlik , Dr. Hans Coppi , Alice Czyborra (geb. Gingold), Irene Fick , Andrée Fischer-Marum, Dr. Irene Diekmann, Wolfgang Herzberg , Merylin Moos, Dr. Dieter Nelles , Dr. Armin Nolzen , Prof. Bernhard Pfletschinger, Sabine Reichwein, Dr. Irene Runge , Dr. Oswald Schneidratus, Prof. Dr. Heinz Sünker , Klara Tuchscherer (geb. Schabrod).

Programm:

Freitag, 12. Oktober, 18 Uhr: Kinder des Widerstands. Vier Menschen und das Erbe des 20. Juli. Film von Bernhard Pfletschinger.

Anschließend Podiumsdiskussion: Verräter in der Bundesrepublik, Helden der DDR?

Sonnabend, 13. Oktober

Vorträge und Diskussionen:

Die Familien des politischen Widerstands und die Sozialisation ihrer Kinder. Kinder von „Vorbestraften" – Diskriminierung und Verfolgung von in der VVN organisierten Eltern

Second Generation in Britain, breaking the silence

Wir für uns! Wie und warum es 1985 in der Hauptstadt der DDR zu einer nicht vorgesehenen jüdischen Selbstfindungsbewegung kam

Die unterschiedlichen Wege der Zweiten Generation in der DDR;

Kinder des sowjetischen Exils: Überwinden des verordneten Schweigens

Eindrücke von Befragungen zur Sozialisation von Kindern aus dem Westexil in der DDR

Für den 13. Oktober sind **Anmeldungen** erforderlich unter: info@helle-panke.de oder telefonisch unter 030 47538724.

Weitere Informationen unter www.helle-panke.de/topic/3.veranstaltungen.html am 12. und 13. Oktober und auf www.berlin.vvn-bda.org.

Gelungener Antikriegstag mit großer Beteiligung

Dortmund blieb einen Tag lang nazifrei

Viel zu lange durften Nazis am Antikriegstag Jahr für Jahr in Dortmund aufmarschieren. In diesem Jahr nun endlich nicht mehr. Das Bundesverfassungsgericht hat das Verbot des Aufmarsches der Braunen durch die Polizei am Vortag bestätigt. Zuvor schon hatten das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen und das Oberverwaltungsgericht Münster so entschieden. Der Protest der Antifaschistinnen und Antifaschisten, der VVN-BdA und vieler Bündnisse, ja großer Teile der Dortmunder Bevölkerung hatte sich gelohnt.

Die Dortmunder Polizei hatte vier Tage zuvor die für den 1. September geplante Nazi-Demonstration und »Konzerte« untersagt. Der neue Polizeipräsident Norbert Wesseler berief sich dabei auf die kurz zuvor ausgesprochenen drei Verbotsverfügungen gegen faschistische Kameradschaften in NRW. »Kameradschaft Hamm« und »Kameradschaft Aachener Land« wurden aufgelöst wie auch der so genannte »Nationale Widerstand Dortmund«, aus dessen Reihen die jährliche Nazi-Demo angemeldet wurden. Verbotene Organisationen sollten auch keine Aktionen mehr durchführen dürfen. Das Bundesverfassungsgericht folgte dieser Argumentation mit der Einschränkung, es müsse eine Hauptverhandlung vor den Verwaltungsgerichten geben.



Aktion an den Stolpersteinen in Hörde *Foto: M. H.*

Es ist also noch nichts endgültig entschieden. Zudem glaubten die Stadt Dortmund und die Polizeibehörde, zunächst einmal ein linkes bundesweites Antifa-Camp in Dortmund verbieten zu müssen und zwar mit Argumenten aus der Verleumdungskiste des Verfassungsschutzes. Sollte hier ein »antiextremistisches Exempel«statuiert werden, um die konservative fremdenfeindliche Rechte und die antiextremistische Bundesregierung milde zu stimmen? Denn die vielen Maßnahmen zur Opferberatung und die Aussteigerprogramme der Stadt sind nur bis Jahresende finanziert.

Es war vor allem der zwölfjährige Protest der Dortmunder Demokratinnen und Demokraten und ihrer Freunde aus dem Umland, der endlich mit einem Verbot und auch tatsächlichen Verhinderung des Naziaufmarsches gekrönt war. Dortmund war am Antikriegstag 1. September frei von Nazis – sie versuchten, sich anderswo zu versammeln. Das „Bündnis Dortmund gegen Rechts" schützte dennoch die Stolpersteine der Stadt mit seinem Marsch durch Hörde, und die Gruppe „Kinder des Widerstandes" war mit einem Redebeitrag bei der Abschlusskundgebung in Hörde dabei. Wir blickten zum Vinckeplatz ins Kreuzviertel: Dort veranstalten die Naturfreunde Kreuzviertel und die IG BAU ein Nachbarschaftsfest gegen Rechts. Bündnisse wie „Dortmund stellt sich quer" und „Dortmund nazifrei" ließen sich Demonstrationen nicht nehmen. Viele Tausend Nazigegner waren in der ganzen Fläche der Stadt aktiv. Jutta Reiter vom DGB betont vor der Steinwache, dass der Staat weiter stark gegen Neonazis vorgehen muss. So hätte Rostock-Lichtenhagen 1992 verhindert werden können.

Die DGB-Gewerkschaften in Dortmund hatten sich gut auf den 1. September vorbereitet:

Sie luden gleich zu einem ganzen Festival ein: Vom 27.08. bis zum 1.09. fanden im Rahmen des »Friedenfestivals« zahlreiche Aktionen und Musikdarbietungen an der Katharinentreppe vorm Hauptbahnhof statt. Dort konnten die VVN-BdA und die Friedensbewegung auch unter der Leitung des unermüdlichen Kameraden Willi Hoffmeister und anderer VVN-Aktivisten die ganze Woche lang ein Zelt mit der Ausstellung über den Neofaschismus betreiben und dabei u.a. rund 1000 Unterschriften für das NPD-Verbot sammeln. Eine andere Gruppe der VVN-BdA hielt am 1. September ganztägig eine Mahnwache vor der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache ab..

So konnte zusammengefasst werden: Ein guter Tag für die Dortmund und für den Antifaschismus in ganz Deutschland. ***U. S.***

VVN-BdA: Bunt statt braun, aber auch Bunt statt olivgrün!

»Man sagte uns zu lange, wir würden das Image der Stadt mit unserem Protest gegen Nazis gefährden. Da waren schon fünf Naziopfer in Dortmund ermordet worden, als man hier endlich erkannte, dass wir einen Aktionsplan gegen Rechts brauchen.

Das ›Nie wieder Krieg und Faschismus‹, das bis 1999 galt, es ging im Bombenhagel auf Belgrad und andere serbische Städte unter. Wir sollten es wieder zu unserem Leitmotiv machen. Lasst uns weiter gemeinsam handeln – alle Antifaschistinnen und Antifaschisten zusammen und auch alle Friedensfreundinnen und –freunde. Es muß heißen ›Bunt statt braun‹, aber auch ›Bunt statt olivgrün‹. Und lasst uns gewaltlos handeln – und das bedeutet vor allem: Schluss mit jeder gewalttätigen Innen- oder Außenpolitik. Keine Bundeswehreinsätze – auch nicht im Innern.«

(Aus einer Rede von Ulrich Sander, VVN-BdA, auf der DGB-Bühne.)

DGB NRW: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender des DGB NRW, erklärte: »Am 1. September 1939 begann mit dem Überfall Deutschlands auf Polen der zweite Weltkrieg und damit die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts. Mit dem Antikriegstag machen der DGB und die Gewerkschaften auch in diesem Jahr deutlich: Wir bekennen uns zu Frieden und Solidarität und fordern den Vorrang ziviler Konfliktlösungen vor militärischen Interventionen. Wir sprechen uns klar aus gegen jegliche Form von Kriegsverherrlichung und Rassismus. Daher begrüßen wir es, dass der NRW-Innenminister rechtextremistische Kameradschaften verbietet und die Dortmunder Polizei den geplanten Neonazi-Aufmarsch untersagt hat. Wir dürfen nicht zulassen, dass Faschisten den Antikriegstag für ihre menschenfeindliche Propaganda missbrauchen. Und wir bleiben dabei: Die NPD muss endlich verboten werden. Es darf nicht sein, dass eine Partei, die sich Intoleranz und Demokratiefeindlichkeit auf die Fahnen schreibt, auch noch über die Parteienfinanzierung staatliche Gelder erhält. Gestern wie heute gilt: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!«

Trotz bester Integration

Abschiebung der Roma geht weiter

Selenora Racipovic (16) wurde in Hamburg geboren, hat besonders gute Schulzeugnisse und bekam im Juni den Bildungspreis des Hamburger Senats. Ihr Bruder Usko (15) ist musikalisch hochbegabt und hat bereits einen Platz an der Musikakademie. Schwester Bonita (19) hat einen Ausbildungsplatz.
Eine bessere Integration ist kaum vorstellbar. Trotzdem soll die Roma-Familie nach Serbien abgeschoben werden.
In Hamburg stünden den Kindern alle Türen offen, in Serbien stehen sie vor dem Nichts.

Nach Ansicht des Roma-Politikers Rudko Kawczynski könnten die Eltern auch vor Gericht gestellt werden, Asylanträge im Ausland seien in Serbien neuerdings ein Straftatbestand.

Appelle

Es gab zahllose Appelle an Bürgermeister Olaf Scholz (SPD), die Familie nicht abzuschieben, so auch vom Bundestagsabgeordneten Volker Beck (Grüne). Scholz blieb jedoch hart.

Härtekommission

Der Fall kam auch vor die Härtefall-Kommission. Dort sitzen je ein Vertreter der SPD, CDU, Linken, FDP und Grünen. Diese Kommission kann die Abschiebung verhindern, allerdings nur einstimmig. Jeder notorische Abschiebungsbefürworter hat also faktisch ein Vetorecht.

Eine solche Kommission ist keinen Pfifferling wert. Alle Proteste haben nichts genützt. Am 11. Juli musste die Familie ausreisen. Rund 50 Nachbarn protestierten vor der Flüchtlingsunterkunft in Billstedt.

jm

Asylbewerber

Horst und kein Ende

Der Hamburger Senat hat mit Mecklenburg-Vorpommern einen Vertrag abgeschlossen, wonach Hamburger Flüchtlinge und Asylsuchende für weitere fünf Jahre in Horst bei Boizenburg untergebracht werden können.

Dort befinden sie sich in »Düvels Achterort«, abgeschnitten von Schulen, Anwälten, Ärzten, Beratungsstellen und Krankenhäusern. Wegen der Residenzpflicht dürfen sie nicht einmal ins benachbarte schleswig-holsteinische Lauenburg.

Der Hamburger Flüchtlingsrat hat in einem Schreiben an Bürgermeister Olaf Scholz dagegen protestiert. »Beenden Sie diese unwürdige Unterbringung«, heißt es dort.

hjm

Viertes Ohlsdorfer Friedensfest

Nazis vertrieben

Vom 21. Juli bis zum 5. August fand an den Sammelgräbern der Bombenopfer auf dem Friedhof Ohlsdorf das Ohlsdorfer Friedensfest statt, um der Opfer von Krieg und Faschismus zu gedenken.

Trägerin war ein breites Bündnis von der VVN-BdA über die Willi-Bredel-Gesellschaft bis zum Hamburger Bündnis gegen Rechts. Die VVN-BdA stellte die antifaschistische Widerstandskämpferin Charlotte Groß vor. Das Bündnis rief auf, durch eine Spende an den Förderkreis Ohlsdorfer Friedhof e.V. dazu beizutragen, die Plastik »Der Redner«, die vor einem Jahr von Bronzedieben aus dem Ehrenhain Hamburger Widerstandskämpfer gestohlen wurde, wieder herzustellen (Konto Nr. 1031 246000 bei der Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50).

»Die Opfer des Bombenkrieges dürfen nicht dazu missbraucht werden, die Ursachen des Zweiten Weltkrieges umzudeuten und die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren. Neonazis haben dies in der Vergangenheit durch Kundgebungen auf dem Friedhof immer wieder versucht. Mit dem Ohlsdorfer Friedensfest treten wir auch diesen Versuchen entgegen« hieß es in dem Aufruf des Bündnisses.

Während noch vor zwei Jahren die Neo-Nazis und Freien Kameradschaften in der Zeit des Friedensfestes aufmarschierten, um ihre Gedenkfeier abzuhalten, dann aber Platzverweise und Bußgeldbescheide erhielten, sind sie in diesem Jahr nicht mehr in Erscheinung getreten. Ihre Tradition der Aufmärsche auf dem Ohlsdorfer Friedhof scheint gebrochen. Das Friedensfest aber wird auch im nächsten Jahr stattfinden und daran erinnern, dass auch 70 Jahre nach dem Hamburger Feuersturm gilt: »Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!«

ij / hjm

Ursel Hochmuth / Ursula Suhling
Ehrenfeld für Verfolgte der NS-Herrschaft
Eine Begräbnis- und Gedenkstätte der Geschwister-Scholl-Stiftung auf dem Ohlsdorfer Friedhof
VSA

Während des Ohlsdorfer Friedenfests wurde das neue Buch von Ursel Hochmuth und Ursula Suhling vorgestellt: Ehrenfeld für Verfolgte der NS-Herrschaft - Eine Begräbnis- und Gedenkstätte der Geschwister-Scholl-Stiftung auf dem Ohlsdorfer Friedhof. Herausgegeben von VVN-BdA Hamburg und Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt. VSA-Verlag, Hamburg, 2012. Erhältlich für 9,80 € bei der VVN-BdA.

Altonaer Impressionen



Stadtteilspaziergang 80 Jahre nach dem Altonaer Blutsonntag vom 17.7.1932 - mehr dazu im allgemeinen Teil dieser antifa-Ausgabe.
Foto: Chodinski

Auf dem Ehrenfeld

Feierstunde für Euthanasie-Opfer

Die Kreisvereinigung Altona der VVN-BdA erinnerte am 19. Juli mit einer Feierstunde auf dem Ehrenfeld der Geschwister-Scholl-Stiftung des Ohlsdorfer Friedhofs an die Opfer der Euthanasie-Verbrechen.



2. von links: Antje Kosemund *Foto: Chodinski*

Allein aus den Alsterdorfer Anstalten wurden über 600 Menschen deportiert, über 500 von ihnen wurden ermordet. Es wurden die Biografien eines Kindes und eines jungen Erwachsenen vorgetragen. Heinrich Sund (geb. 1935) kam im Kalmenhof in Idstein (Taunus) ums Leben, Bernhard Boysen (geb. 1916) in der Anstalt Mainkofen in Deggendorf (Bayern). Die Behinderung der beiden war nicht sonderlich gravierend. Sogar soziale Kontakte mit den Mitpatienten waren möglich. Trotzdem wurden sie deportiert. Auf der Veranstaltung wurde Antje Kosemund verabschiedet, deren Schwester Irma Sperling im »Spiegelgrund« in Wien ermordet wurde. Ihr Beitrag zur Aufklärung der Euthanasie-Morde kann nicht hoch genug gewürdigt werden. Sie zieht zu ihrer Tochter nach Österreich. Wenn es ihre Gesundheit zulässt, wird sie aber weiterhin zu Veranstaltungen zum Thema Euthanasie nach kommen. *hjm*

Dat »Manifest« op Platt

Ik heff dat Kommunistische Manifest vun Karl Marx un Friedrich Engels op Plattdüütsch översett. Sowat vun mall, seggt ji? Plattdüütsch is en anerkannte Regionalsprook no de EU-Sprokencharta. Dat gifft al de Allgemene Verkloren vun de Minschenrechten op Platt, ok de Landsverfotens vun Neddersassen un Sleswig-Hamborg. Worüm also nich ok dat »Manifest«? Dat is sotoseggen de Gebortsorkunn vun de internationale Arbeiderbewegung. Hier en lütte Sprookproov: Dat »Manifest« slütt mit de Wöör: »De Kommunisten dinkt dor gor nich an, jümehr Ansichten un Afsichten to versteken. Se verklort dat open, dat ehr Telen bloots schafft warrn köönt mit dat gewaltsam Ümstörten vun de Sellschopsornung. Schüllt doch de herrschen Klassen vör en kommunistische Revolutjoon bevern. De Proletariers hebbt in ehr nix to verleren as jümehr Keden. Se hebbt en Welt to winnen. Proletariers vun all Länner, verenigt joo!« Dat platte „Manifest" köst negen Euro un kann bi mi bestellt warrn. Mail: hjm-harburg@gmx-de. *hjm*

Von September bis November:

Hamburger VVN-Termine

September

Sonntag, 16. Sept., 17.00 Uhr
Der Stern und sein Schatten - Zwangsarbeit bei Daimler Benz, D 1991, von Helmuth Bauer, Eike Schmitz, 90 Min. Kurz nach der Wende prallen im kleinen ostdeutschen Ort Genshagen-Ludwigsfelde Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft aufeinander. Die DDR ging unter, Mercedes-Benz kam, die Zwangsarbeit wird ausgeblendet. **Ort**: Kommunales Kino METROPOLIS, im Metropolishaus Dammtorstraße / Ecke Kleine Theaterstr., Eingang Kleine Theaterstr. 10

Oktober

18. Okt. bis 15. Nov. 2012
Harburger Gedenktage 2012: **Frauen in KZ-Haft**

Sonntag, 21. Okt. 2012
Busfahrt zur Gedenkstätte Wöbbelin und nach Ludwigslust. **Abfahrt**: 9.30 Uhr in Harburg, Helms-Museum, 10.00 Uhr am ZOB. **Anmeldung** bei: hjm-harburg@gmx.de.

Sonntag 28. Okt., 17.00 Uhr
- Programmänderung -
Die Geige von Cervarolo, I 2012, von Nico Guidetti, Matthias Durchfeld, 75 Min. Die erzählerische Dokumentation handelt von einem gravierenden Ereignis im besetzen Italien, dem von deutschen Truppen im März des Jahres 1944 durchgeführten Massaker an Zivilisten in dem im Reggianer Apennin gelegenen Dorf Cervarolo. **Historischer Hintergrund**: Nach dem Massaker von Monchio, Susano und Costrignano, welches am 18. März als Repression gegen die Präsenz von Partisanengruppen im Modeneser Apennin durchgeführt wurde, durchkämmten am 20. März 1944 Einheiten der Fallschirm-Panzerdivision »Hermann Göring« auch die Gegend um das Dorf Cervarolo. Im Dorf angelangt, führten sie zusammen mit zwei Reggianer Hundertschaften der faschistischen Guardia Nazionale Repubblicana vierundzwanzig Bewohner der Gemeinde aus ihren Häusern, sammelten sie auf dem zentralen Dreschplatz des Dorfes und erschossen sie dort. Im Anschluss steckten die Soldaten viele Häuser in Brand. Dieses Ereignis bildete den Abschluss einer Operation, in deren Verlauf mehr als 150 Zivilistinnen und Zivilisten aus verschiedenen Dörfern des Reggianer und Modeneser Apennins ihr Leben verloren.
Eine Veranstaltung in Kooperation mit den Hamburger Freund/innen d. ISTORECO
Gäste: Die Filmemacher, ein Zeitzeuge. **Ort:** sieh oben

Montag. 29. Oktober 2012, 10.00 Uhr
Helmuth-Hübener-Gedenkfeier

Er war der jüngste vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilte und in Plötzensee hingerichtete Antifaschist. 80 Jahre nach seiner Ermordung erinnern wir in einer gemeinsamen Veranstaltung des Personalrates und der L≠eitung der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration an diesen Widerstandskämpfer und seine Gruppe.
Ort: Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, Hamburger Str. 31 (voraussichtlich). **Weitere Informationen** gibt es sobald wie möglich über die VVN-BdA Hamburg (040-31 42 54 oder http://www.hamburg.vvn-bda.de).

November

Donnerstag, 8. Nov., 19.30 Uhr
»Gegen das Vergessen«
Veranstaltung des Auschwitz-Komitees in der BRD e.V. zur Erinnerung an die Pogromnacht am 9. November 1938
Ort: Universität Hamburg, DWP (ehemals HWP), Von-Melle-Park 9, Hörsaal, 20146 Hamburg

Freitag, 09. Nov., 15:00 Uhr
Mahnwache: »Erinnerung und Mahnung« anlässlich des 74. Jahrestags der Reichspogromnacht
An diesem Ort wurde im faschistischen Deutschland am 9. November 1938 die Bornplatz-Synagoge angezündet.
Veranstalter: VVN-BdA, Jüdische Gemeinde, Universität Hamburg
Ort: Joseph-Carlebach-Platz (Grindelhof), 20146 Hamburg

Sonntag, 11. Nov. , 17.00 Uhr
Der Mördervater, D 2006, von James Moll, 70 Min.Die Geschichte von Monika Hertwig, ist die Geschichte einer Frau, die ein schweres Erbe trägt. Monika Hertwig ist die Tochter des ehemaligen KZ-Kommandanten Amon Göth, eine Tatsache, die ihr lange nicht bekannt war. Steven Spielbergs Film «Schindlers Liste« war für Monika Hertwig Anlass, sich ihrer Familiengeschichte zu stellen. Sie nahm Kontakt zu der Überlebenden der Shoah Helen Jonas-Rosenzweig auf, die im KZ als Dienstmädchen bei ihrem Vater gearbeitet hatte. Der Film berichtet von dieser Begegnung.
Ort: siehe oben

Redaktion: H. J. Meyer
Landesgeschäftsstelle VVN-BdA
Landesvereinigung Hamburg
Hein-Hoyerstraße 41,
20359 Hamburg
Telefon: 040 / 31 42 54
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Wir bitten um Spenden für den Hamburger VVN-BdA!
Spendenkonto:
VVN-BdA Hamburg, Haspa,
BLZ 200 505 50
Kto.-Nr. 1206 / 127 183

Provisorische Mahntafel am Industrieclub

Verbrechen der Wirtschaft angeklagt

»Eine Stadt ehrbarer Kaufleute und rheinischer Lebensfreude« nannte Joachim F. Scheele, der Vorstandsvorsitzende des Industrieclubs Düsseldorf, diese Stadt im Wirtschaftsblatt (Das Standortmagazin für Düsseldorf, Ausgabe 3/12). Wie dem auch sei, dazu gehört unserer Meinung aber auch, sich der Verantwortung für die Rolle der Industrie zu stellen, die in eines der größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte mündete.

Seit vielen Jahren ist der Industrieclub Düsseldorf Anlaufstelle für Kundgebungen von Antifaschistinnen und Antifaschisten. Am 26. Januar 1932 präsentierte Hitler hier seine Eroberungspläne unter »stehenden Ovationen« vor 500 führenden Industriellen von Rhein und Ruhr.

Am 26. Januar dieses Jahres haben Vertreter verschiedener Parteien, Gewerkschaften und antifaschistischen Organisationen an dieses Ereignis erinnert.

Es ist an der Zeit

Dabei berichtete die VVN-BdA über ihr Kampagne „Rallye – Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1933 – 1945“ und kündigte ihr Buch „Von Arisierung bis Zwangsarbeit“ an, das inzwischen erschienen ist. Darin wird detailliert am Beispiel einiger führender Großindustrieller von Rhein und Ruhr ihre Rolle als Wegbereiter und Profiteure des deutschen Faschismus nachgewiesen.

Erinnert sei auch an die Forderung unseres verstorbenen Landessprechers Jupp Angenfort, mittels einer Mahntafel am Industrieclub an dieses verhängnisvolle Ereignis zu erinnern. Eine provisorische Mahntafel hat nun die VVN-BdA am Industrieclub angebracht. ***Falk Mikosch***





Eine Mahntafel wird provisorisch von den VVN-BdA-Aktivisten Falk Mikosch (Landessprecher) und Jürgen Schuh (Landesgeschäftsführer) am Industrieclub angebracht.

Buch wird stark beachtet

Die Präsentation unseres Buches bei einer Veranstaltung in Minden führte zu einer ausführlichen Berichterstattung des »Mindener Tageblattes« und zu eigenen Recherchen der Zeitung über die bedrückende Situation der überlebenden Zwangsarbeiter aus Russland.

Siehe www.nrw.vvn-bda.de.

Die Zeitschrift »Ossietzky« hat eine engagierte Rezension von Otto Köhler veröffentlicht, und als eine GEW-Gruppe in Hessen seinen Text veröffentlichte, kam aus der Gewerkschaft eine Zuschrift wie diese: »… du sprichst mir aus der Seele. Solche Zusammenhänge aufzuzeigen ist der Sinn von Geschichtsunterricht.« Die Einsenderin arbeitet mit dem Buch an ihrem Gymnasium.

Bundesweite Aktionswoche

Gegen Bundeswehr an Schulen und Unis

Im Rahmen der Aktionswoche gegen die Bundeswehr an Bildungseinrichtungen findet am 12./13. September in Bochum eine Protestaktion der Friedensbewegung gegen die Söldnerwerbung der Bundeswehr bei der Berufsbildungsmesse Mittleres Ruhrgebiet statt. Die Friedensleute aus umliegenden Städten sind aufgerufen, die Aktion tatkräftig zu unterstützen. Der VVN-BdA Landesverband NRW gehört zu den Unterstützern. Kontaktadresse: kokreis@schule-ohne-bundeswehr-nrw.de

Regionalkonferenz: Was tun gegen Neonazis?

Wieder »Aktiv gegen Rechts« in Aachen

Ein ausgesprochen breites Bündnis mit Unterstützung zahlreicher Bürgermeister aus der Region ruft auf Initiative der VVN-BdA Aachen zur 4. Regionalkonferenz »Aktiv gegen Rechts« auf. Der Raum Aachen ist ein Ballungsraum neofaschistischer Aktivitäten. Die Konferenz findet statt am Samstag, den 29. September 2012 von 10.00 bis 17.oo Uhr in der VHS-Aachen, Peterstraße 21-25.

Ziel der Regionalkonferenz soll eine bessere Vernetzung der vorhandenen Initiativen sein.

Als Ergebnis versprechen sich die Veranstalterinnen und Veranstalter auch die Vertiefung der Erkenntnisse über die Erscheinungsformen des Neofaschismus und der Rechtsentwicklung, ferner die Formulierung von Forderungen an Städte und Gemeinden.

Der Direktor der Volkshochschule Aachen Werner Niepenberg wird die Konferenzteilnehmenden begrüßen.

Als Hauptreferent konnte der Rechtsanwalt Dr. Rolf Gössner aus Bremen gewonnen werden. Er ist Vizepräsident der internationalen Liga für Menschenrechte und referiert über die Geheimdienstverstrickung des Verfassungsschutzes in Neonazi-Szenen sowie über die NPD-Verbotsdebatte.

Fünf Arbeitsgruppen beleuchten die verschiedenen Spielarten des Neonazis und Rassisten in der Region. Nähere Auskünfte unter www.aachen.vvn-bda@de

Falk Mikosch

Interview zum 3. Oktober in Kalkar

»Die NATO im Krieg – vom Rhein aus«

U.S.: Wir sind das Ostermarschkomitee Rhein/Ruhr, das seit 50 Jahren im Land Friedensaktionen durchführt. Für den 3. Oktober planen wir eine Protestaktion an der NATO-Kommandozentrale in Kalkar, Es ist wieder große Gefahr. Bundeswehrführung und NATO haben dort – ohne viel Aufsehen zu erregen - Führungszentralen für weltweite Luftkriegsoperationen eingerichtet. Es wird der Krieg von deutschem Boden aus geplant und eingeübt. Den 3. Oktober haben wir ausgewählt, weil es der Nationalfeiertag ist, an dem 1990 geschworen wurde »von deutschem Boden soll nur noch Frieden ausgehen"«. Doch jetzt stecken wir wieder mitten drin in den Kriegen, was zu Zeiten der DDR und BRD verhindert wurde.

jw: Ihr thematisiert im Zusammenhang mit Kalkar auch, dass die USA in Ramstein das Herz des NATO-Raketenschildes installieren. Worin besteht dieser Zusammenhang?

U. S.: Kalkar und Ramstein müssen zusammen gesehen werden. Der US-amerikanische Kommandant von Ramstein ist zugleich der oberste NATO-Kommandierende in Kalkar. Kalkar ist für die Region nördlich der Alpen zuständig, Ramstein für das Gebiet südlich. Das Raketenabwehrsystem soll ja offiziell von Ramstein aus gesteuert werden. Deutschland wird im Konfliktfall zum Frontstaat, der Ziel von Raketen würde.

jw: Sucht ihr noch weitere Unterstützer? Was ist geplant?

U.S.: Geplant sind eine Sternfahrt und ein Protestmarsch. Die dortige Bevölkerung wiegt sich noch in Sicherheit mit samt den todsicheren Arbeitsplätzen. An Unterstützung brauchen wir vor allem die Öffentlichkeit im ganzen Land. Das Raketenabwehrsystem, als es in Polen und Tschechien geplant war, hat ja sogar dort Unruhe ausgelöst. Hier müssen wir Unruhestifter sein. Denn Raketen sind Magneten.

jw: Woher kommt die Haltung vor Ort, warum gibt es so wenig Kritik am Ausbau des Bundeswehr- und NATO-Stützpunktes?

U. S.: Beunruhigen müsste eigentlich vor Ort die Meldung der regionalen Zeitung NeueRheinZeitung aus dem WAZ-Konzern: »Die Nato spielt Krieg – und am niederrheinischen Kalkar wird er auf dem Reißbrett mit geplant und gesteuert.« Übung kann in Minuten in Kriegshandlung umschlagen, ohne dass der Bundestag gefragt wird. Es wurde sogar bekannt, dass von Kalkar aus angebliche Zivilflugzeuge mit Terroristen an Bord abgeschossen werden sollen, was laut Bundesverfassungsgericht illegal ist. Solche Antiterroraktionen ziehen den Terror an.

(aus Junge Welt)

NATO-Kommando-Zentrale in Kalkar

»Raketen sind Magneten«

Die NATO hat Kommando-Zentralen in Ramstein, Kalkar und Uedem eingerichtet, von wo aus das sogenannte »Raketenabwehrsystem« der NATO, der Einsatz der »Schnellen Eingreiftruppen« geplant und gesteuert werden soll. Damit gerät Kalkar ins Fadenkreuz der Staaten, gegen die sich die NATO-Kriegseinsätze richten. Kräfte der Friedensbewegung haben sich entschieden, am Mittwoch, dem 3. Oktober (»Tag der Deutschen Einheit«) dagegen eine Demonstration in Kalkar durchzuführen. Die VVN-BdA unterstützt diese Initiative. Nähere Informationen unter www.nrw.vvn-bda.de/texte/0959_frontstaat.htm

Neofa-Ausstellung

Noch Termine frei

Die Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland« hat die VVN NRW in diesem Jahr bereits rund zwölfmal gezeigt. Wir denken, dass eine Präsentation der Ausstellung zwar Kraft kostet, aber über Bündnisbeziehungen bei Gewerkschaften, Schulen, VHS usw. als aktuelle attraktive Alternative der VVN-BdA gegen die demagogische Extremismusausstellung des Verfassungsschutzes für politische Bildungsarbeit angeboten werden muss. Nachfrage: nrw@vvn-bda.de ***Jürgen Schuh***

Dort findet sich auch die Adresse, unter der die Ausstellung ausgeliehen werden kann.



Landesseminar der VVN-BdA am 20./21. Oktober in Solingen

Wie sieht man uns, wie sollte man uns sehen?

Ein Seminar der VVN-BdA NRW wird sich mit dem ganzen Komplex Medienarbeit der Organisation nach innen und außen, der Nutzung von Print- und elektronischen Medien beschäftigen und ist für die Kamerad/innen ausgelegt, die die Medienarbeit für unsere Kreisverbände vor Ort betreiben – und für alle, die sich dafür interessieren. Sachkundige Gesprächspartner werden zur Verfügung stehen. Einladungen mit detailliertem Programm folgen. Auskunft: nrw@vvn-bda.de

Junge Zeitzeugin kämpft ums Leben und Überleben

Theaterstück von Beate Albrecht

Uns wird geschrieben: »Mein Mann und ich haben vor einigen Tagen die Premiere des Theaterstücks ›ÜBERdasLEBEN oder meine Geburtstage mit dem Führer‹ von Beate Albrecht im Saalbau der Stadt Witten gesehen. Es ist nicht die erste Aufführung von »Theaterspiel«, die uns begeistert hat. Auch die Aufführungen in Schulen, denen wir beiwohnen konnten, fanden großen Beifall von Lehrerschaft und jugendlichen Schüler/innen. Deshalb erlaube ich mir heute, Ihnen eine Empfehlung weiterzuleiten mit der Hoffnung, dass Theaterspiel einmal an Ihrer Schule zu Gast sein kann.

H. M. aus Herdecke

Die Mitarbeiter/innen des VVN-BdA-Landesbüros und unsere Kameradin Henny Dreifuss konnten bei der Schaffung des Stückes mithelfen. Auf Grundlage von Zeitzeugenberichten erzählt das Stück vom Unrechtssystem des NS-Staates. Zum Inhalt: Bei Hitlers Machtübernahme 1933 ist Anni 9 Jahre. Sie, ihre Freunde und ihre Eltern geraten in den Strudel der historischen Ereignisse.

Einige werden Anhänger der NS-Diktatur, andere versuchen, sich der alles beherrschenden Ideologie zu verweigern. Anni schließt sich einer Gruppe von Jugendlichen an, die auf den Drill der Hitlerjugend keine Lust hat. Anfangs noch in Auflehnung gegen die Gleichmacherei, tritt die Gruppe mehr und mehr in den aktiven Widerstand.

Als Anni jedoch gefangen genommen wird, entwickelt sich ihr Kampf um ein gerechtes Leben zu einem Kampf ums Überleben.

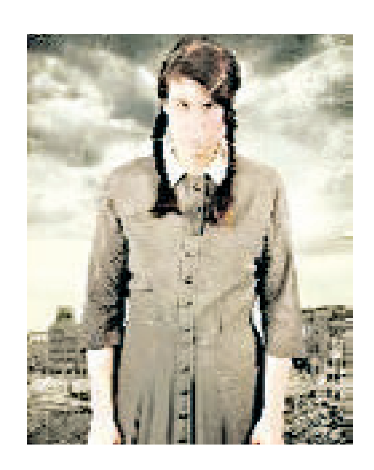
Vorstellungen am 7.9.2012 Dortmund-Scharnhorst, 10.00 Uhr; 5.11. 2012 Dortmund, Fritz-Henßler-Haus, 10.00 Uhr.

Informationen unter www.theater-spiel.de und Kartenbestellungen, Anmeldungen von Schulklassen usw. unter info@theater-spiel.de

VVN und ME-Stiftung

Wissenschaftliche Konferenz »Neofaschismus und Krise«

Die Marx-Engels-Stiftung veranstaltet in Zusammenarbeit mit der VVN-BdA Siegen und NRW am Samstag, dem 3. November 2012 an der Universität Siegen die Konferenz »Neofaschismus und Krise«, die sicherlich für die sozialen Hintergründe der Rechtsentwicklung im Lande erhellend sein wird. Namhafte Historiker und Sozialwissenschaftler haben ihre Teilnahme bereits zugesagt. Flyer mit detailliertem Programm wird nachgeliefert. Nachfrage: nrw@vvn-bda.de



»Das waren keine Unbekannten«

Düsseldorfer Polizeiführung rüstet auf

Mit einem riesigen Polizeiaufgebot, mit Hunde- und Reiterstaffeln und weiträumigen Absperrungen sicherte die Polizei am 4. August eine stundenlange Kundgebung russlanddeutscher Neofaschisten vor dem NRW-Landtag.

Rund 100 Antifaschistinnen und Antifaschisten ließen sich aber nicht abhalten, gegen diese Kundgebung der »Nationalkonservativen Bewegung der Deutschen aus Russland« zu protestieren.





Keine Unbekannten

Diejenigen, die diese Kundgebung organisiert haben, sind keine Unbekannten. Sie tummeln sich in Arbeitskreisen wie zum Beispiel »Russlanddeutsche in der NPD«, »Russlanddeutsche Konservative« oder der »Schutzgemeinschaft Deutsche Heimat der Deutschen aus Russland«.

Bereits 2008 und 2009 hatte dieser Kreis extrem rechte Kundgebungen vor dem NRW-Landtag durchgeführt.

Rechtswidrige Behinderungen der Gegendemonstranten

Weil trotz der völlig unverhältnismäßigen massiven Polizeipräsenz die Proteste nicht verhindert werden konnten, griff die Polizeiführung zu rechtswidrigen Schikanen, indem zum Beispiel die Absperrungen vorgezogen wurden, völlig willkürlich die um den Landtag gezogene Bannmeile verschoben wurde und mit einem Kamerawagen die Demonstranten gefilmt wurden.

Ziel des Düsseldorfer Polizeipräsidenten ist es offensichtlich, Proteste gegen Neofaschisten in Düsseldorf zu unterbinden. Und da ist fast jedes Mittel recht.

Dass unter dem Schutz der Polizei die rund 45 Neofaschisten lautstark über fünf Stunden ihre Kundgebung durchführen konnten, war offensichtlich für die Polizeiführung kein Problem.

Anders bei einer Demonstration von Flüchtlingen vor einigen Wochen: Die selbe Polizeiführung verweigerte Teile der Route mit der Begründung, das dauere zu lange und entsprechende Einsatzkräfte seien nicht vorhanden. ***J. Sch.***

Nazikameradschaften

Verbot von nachhaltig umsetzen

»Das Verbot von drei der gewalttätigsten Nazikameradschaften in Nordrhein-Westfahlen ist ein längst überfälliger Schritt, den die Antifaschist/innen seit Jahren eingefordert haben«, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke. Die Dortmunder Abgeordnete und VVN-BdA-Aktivistin weiter:

»Das Verbot des für unzählige Gewalttaten einschließlich mehrerer Anschläge auf Parteibüros und alternative Kneipen verantwortlichen ›Nationalen Widerstands Dortmund‹ straft zugleich all diejenigen in der Dortmunder Polizei und Stadtverwaltung Lügen, die beharrlich ein Naziproblem in dieser Stadt bestritten hatten. Nun gilt es, das Verbot nachhaltig umzusetzen. Konsequent wäre daher auch ein Verbot der jährlichen bundesweiten Naziaufmärsche am 1. September in Dortmund, die zu einem hohen Maße von Autonomen Nationalisten aus den jetzt verbotenen Kameradschaften getragen werden.«

Witwe bekommt keine Hinterbliebenenrente

Totem KZ-Häftling wurden die Haftschäden aberkannt

Wie kann ein toter ehemaliger KZ-Häftling beweisen, dass er an den Folgen der KZ-Haft erkrankt und gestorben ist? Gar nicht.
Seine an Krebs erkrankte Witwe Eva B. bekommt deshalb auch keine Hinterbliebenenrente. Dies ist das Ergebnis eines Prozesses vor der 27. Zivilkammer des Landgerichts Düsseldorf.

Anton B. war als Sinto seit 1943 in den Konzentrationslagern Auschwitz und Buchenwald inhaftiert und musste Zwangsarbeit leisten. Zehn Geschwister und sein Vater wurden ermordet. 1957 wurden seine Gesundheitsschäden, insbesondere seine Herzerkrankung, als Folge der Haft anerkannt, so dass ihm eine lebenslange Opferrente zugesprochen wurde.

2009 starb Anton B. im Alter von 84 Jahren an einer Lungenarterienembolie, nachdem ihm zwei Wochen zuvor ein Herzschrittmacher eingesetzt worden war.

Der Antrag seiner Witwe auf eine Hinterbliebenenrente wurde jedoch abgelehnt, da über 50 Jahre nach dem Rentenbescheid die Herzerkrankung nicht mehr als »verfolgungsbedingt «anerkannt wurde. Die Rente sei ein »Falschanerkenntnis« gewesen.

Die Bezirksregierung Düsseldorf, die durch die Regierungspräsidentin Annemarie Lütkes (Bündnis 90/Grüne) bei dem Verfahren vertreten wurde, ging offensichtlich davon aus, dass KZ-Häftlinge auch ohne Gesundheitsschäden ein Konzentrationslager überleben konnten.

»Es sei nicht mit der erforderlichen überwiegenden Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass der Tod des Ehemannes der Klägerin auf einer durch die Verfolgung beruhenden Schädigung seines Körpers oder seiner Gesundheit beruhe«, informierte das Landgericht Düsseldorf in einer Pressemitteilung.

Das Land NRW war daher nicht bereit, die Hinterbliebenenrente von 900 Euro nach dem Bundesentschädigungsgesetz zu überweisen.

Angesichts der mangelnden Beweisfähigkeit des toten Anton B. einigten sich die Parteien vorbehaltlich auf einen Vergleich: Die Witwe bekommt eine monatlich Beihilfe von 600 Euro. Das Land NRW übernimmt – ebenfalls mit Vorbehalt – die zukünftigen Kosten der Krankenversorgung von Eva B.

Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrates der Sinti und Roma, der an dem Prozess als Beobachter teilnahm, sprach von einer »zynischen Missachtung der Opfer gegenüber den Tätern«.

Bei einer Mahnwache vor dem Landgericht war auch von der VVN daran erinnert worden, dass Opfer und Täter ungleich behandelt werden, denn die Witwen von NS-Größen wie Heydrich und Freisler bekamen ihre stattlichen Renten.

Uwe Koopmann

Redaktion: Ulrich Sander

Landesbüro der VVN-BdA NRW

Gathe 55,
42107 Wuppertal,

Telefon: 0202 / 45 06 29

E-mail: nrw@vvn-bda.de
www.nrw.vvn-bda.de

Spenden für die VVN-BdA NRW
Wie immer freuen wir uns über Spe/nden für die Arbeit unserer VVN-BdA in NRW.
Unser Spendenkonto:
Postbank Essen,
Konto 28 212-435,
BLZ 360 100 43

Wichtiger Hinweis:
Bitte immer daran denken:
Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen!

Nazi-Mystiker feiern »Sonnenwende« auf dem Natzhof

Erneut Demo gegen Nazis in Eschede

Am Wochenende 19./20. Juni 2012 hatten die Neonazis wieder nach Eschede auf den Nahtzhof zur »Sonnenwendfeier« geladen. Diese sind keine fröhlichen und harmlosen Brauchtumsfeiern, wie oft nach außen deklariert, sondern diese Treffen dienen der vertiefenden Festigung ihrer menschenverachtenden Ideologie. Sie kommen mit ganzen Familien einschließlich ihrer oft vielen Kindern angereist und unterweisen sie zu Härte und Kampfkraft gegen ihre Feinde (also gegen fast alle vernünftig denkenden Menschen).

Sie sind gegen Menschen, die anders aussehen. Sie halten sich für ganz besondere Menschen, auf die die Menschheit nur gewartet hat. Doch die Menschheit hat sich ihrer 1945 entledigt. Die Nazis wurden besiegt, allerdings nicht durch Deutsche. Wie sie dann wieder in Ämter gerieten und eben nicht aus dem politischen Leben, ist eine andere Geschichte, auf die hier nicht weiter eingegangen werden soll.

Am 19. Juni fanden sich also auch wieder etwa 300 Personen ein, die gegen das Treiben der Faschisten auf dem nahe gelegenen Hof demonstrieren wollten. Vertreterinnen und Vertretern vom »Netzwerk Südheide gegen Rechtextremismus« (siehe Kasten), das hier sein Logo vorstellte und dafür einen Preis ausgelobt hatte, begrüßten die vielen Teilnehmenden. Nach der kurzen Ansprache, bei der auch wieder die Auflagen der Polizei verlesen wurden, ging es zur Hermannsburger Landstraße bis kurz vor die Kreuzung am Finkenberg. Auf der Kundgebung wurden auch die Namen der fast 200 Menschen verlesen, die seit 1990 von Faschisten umgebracht wurden. Für jeden Namen wurde ein Luftballon fliegen gelassen. Anschließend gestaltete der Kirchenkreis Celle einen Staffelgottesdienst (bei dem Menschen aus zwei Richtungen zu einem gemeinsamen Gottesdienst zusammen kamen). ***Klaus Meyer***



Am Finkenberg: Es wurden Namen verlesen und Ballons gestartet, um Aufklärung zu verbreiten,

Foto: Klaus Meier

Zum »Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus«:

An diesem Netzwerk sind Vertreter/innen aus Eschede, Fassberg, Hermannsburg, Meißendorf, Müden, Unterlüß, und das Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus beteiligt. Anlasszur Gründung waren die Aktivitäten gegen den versuchten Kauf des Landhotels Gerhus in Faßberg durch Jürgen Rieger. Damals formierte sich Widerstand vor Ort. An den täglichen Mahnwachen beteiligten sich bald hunderte Menschen aus dem Landkreis Celle und darüber hinaus. Die dabei entstandenen Kontakte wurden weiter gepflegt, auch nachdem das Gelände im Dezember 2009 bei der anstehenden Versteigerung letztlich nicht an die Nazis ging.

Quelle: Internetseite des Celler Forums gegen Gewalt & Rechtextremismus

Täter sind keine Opfer – Hilfreicher Busfahrerstreik

Bad Nenndorf war noch nie so bunt!

Immer breiter wurde in den letzten Jahren das Bündnis gegen den alljährlichen Naziaufmarsch in diesem beschaulichen Kurort. »Bunt gegen Braun« ist die Losung, mit der dem Versuch begegnet wird, faschistische Verbrecher, die dort von den Briten interniert und verhört worden waren, zu Opfern zu stilisieren. Der Protest, organisiert durch den DGB, Vereine, Kirchen und Parteien hat sich dabei in die Breite und Tiefe entwickelt.

Besonders im vorigen und in diesem Jahr ist es gelungen, die Marschroute der Nazis vom Bahnhof zum Winklerbad, dem ehemaligen Standort des britischen Verhörzentrums, mit Transparenten und Parolen zu behängen und bunt auszuschmücken.

»Schutz des Demonstrationsrechts«
Auch die hermetische Abriegelung der Polizei zum »Schutz des Demonstrationsrechts« der Nazis konnte unterlaufen werden, da Anlieger und Gaststätten Partys veranstalteten, durch die der faschistische »Trauermarsch« bzw. »Marsch der Ehre« in lauter Musik und im Konfettiregen unterging.

Begrüßung
Schon am Bahnhof wurde in diesem Jahr ein großer Turm errichtet, der die Nazis mit großflächigen Bannern und Transparenten begrüßte.

Am Vormittag, vor Ankunft der Nazis, versammelten sich rund 700 Menschen zu einem Demonstrationszug zum Kurpark. Bei der Auftaktkundgebung sprach Charly Braun für die VVN/BdA. Das bewährte Gitarrenduo aus Wennigsen - mit dabei unser Kamerad Hartmut - sorgte bei der Schlusskundgebung für den guten Ton.

Winklerbad (Kundgebung am 3.8.2012) *Foto: R. Weismann-Kieser*

Leider wurde im Bündnis immer wieder die Sorge beschworen, Kräfte »von außerhalb« könnten durch Blockadeaktionen „den friedlichen Charakter des Widerstands" stören. Nun hatten sich in der Tat schon am Freitagabend vor dem Winklerbad vier jung Leute so trickreich in eine Stahlpyramide gekettet, dass der Polizei nichts anderes übrig blieb, als sie mit einer Absperrung zu umgeben und so den direkten Zugang zum Winklerbad zu blockieren.

Samstag Mittag
Am Sonnabendmittag trafen 200 Demonstranten am Bahnhof ein und besetzten den Bahnsteig. Acht junge Leute ketteten sich mit Fahrradschlössern aneinander. So musste der Bahnhof für den Schienenverkehr gesperrt werden. Im benachbarten Haste sollte daraufhin ein Busverkehr eingerichtet werden. Als die Nazis dort eintrafen, weigerten die Busfahrer sich jedoch, sie zu transportieren. Einige Unentwegte marschierten dann ca. 7 km nach Bad Nenndorf. Insgesamt fanden

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 8

sich schließlich nur 481 statt den erwarteten 1000 Faschisten ein. Sie konnten erst mit dreistündiger Verspätung gegen 16.00 Uhr über die Bahnhofstraße ziehen. Ihre Reden und Parolen gingen dabei im Partylärm unter, zumal die eigenen Lautsprecher versagten. Frustriert mussten sie schließlich abziehen.

»Bad Nenndorf ist bunt«

Die Niederlage der Nazis ist so dem Zusammenspiel des Bündnisses »Bad Nenndorf ist bunt« mit den friedlichen Blockadeaktionen zu danken. Das wurde auch in der Öffentlichkeit positiv aufgenommen. Vielleicht gelingt es ja in Zukunft, die Berührungsängste zwischen beiden Gruppen abzubauen!

Unfriedlich gebärdete sich lediglich eine polizeiliche Reiterstaffel, die - wohl zur Aufrechterhaltung ihres Selbstbewusstseins - gegen die versammelten Antifaschistinnen und Antifaschisten am Bahnhof anritt, wobei auch Pfefferspray zum Einsatz kam. Überhaupt bleibt die Frage, warum ein so gewaltiges Aufgebot von über 2000 Polizisten zum Schutz solcher makabren Zusammenrottungen gerechtfertigt ist, nur weil niemand den Mut findet, sie aus politischen bzw. strafrechtlichen Gründen zu verbieten, etwa wegen der Verunglimpfung der Naziopfer durch die »Ehrung« der Täter!



Der »Begrüßungsturm« am Bahnhof *Foto:* R. Weismann-Kieser

Ursprünglich hatten die Faschisten geplant, abends noch einen Fackelzug durch Hannover zu veranstalten. Genehmigt wurde ihnen nur eine Kundgebung auf dem dafür abgeriegelten Zentralen Omnibusbahnhof. Auch die mussten sie dann wegen der Verspätung kläglich ausfallen lassen. Vorsorglich hatten sich rund 300 Gegendemonstranten auf einem benachbarten Platz versammelt.

rwk

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für die *antifa* bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an
mtb-niedersachsen@vvn-bda.de
VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V.
Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de

Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto mit der Nr. 7510-307 bei der Postbank Hannover BLZ 250 100 30 sehr freuen.
Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o.ä. Eure neue Adresse mit, Danke!

Redaktion: Michael Rose-Gille

Rheinlan-Pfalz

Einspruch gegen die Aberkennung der Gemeinnützigkeit hatte Erfolg!

Wahrscheinlich haben es schon längst alle mitbekommen, wir haben aber festgestellt, dass wir darüber kein Wort in der »*antifa*« verlauten ließen, also holen wir dies nun nach:

Das Finanzamt hat die Aufhebung der Gemeinnützigkeit der VVN-BdA Rheinland-Pfalz zurückgezogen. Sie war mit der Erwähnung von anderen Landesverbänden in den dortigen Berichten der Landesverfassungsschutzämter begründet worden.

Die Landesvereinigung der VVN-BdA Rheinland-Pfalz ist und bleibt gemeinnützig.

Danke

Wir danken allen, die in der einen oder anderen Weise zu diesem Erfolg beigetragen haben und hoffen, dass nun auch der Widerstand gegen die geplante Änderung der bundesweiten Abgabenverordnung erfolgreich sein wird. Denn tritt sie in Kraft, soll künftig der Verfassungsschutz über die Gemeinnützigkeit entscheiden, da eine Erwähnung in seinen Berichten ausreichen würde, sie den betroffenen Gruppierungen zu entziehen.

Es hätte uns unter solchen Umständen erheblich mehr Zeit, Geld und Kraft gekostet, gegen die Aberkennung der Gemeinnützigkeit vorzugehen, da es einen evtl. langwierigen Prozess bedeutet hätte.

Also nochmals Danke für die Unterstützung und euch und uns einen gemeinsamen, langen Atem für die weiteren Auseinandersetzungen, die wir bestehen müssen!

VVN-BdA Landesvereinigung Rheinland-Pfalz



Impressum:

Landesvereinigung Rheinland-Pfalz der VVN-BdA

Lutrinastraße 6,
67655 Kaiserslautern,
E-mail: vvn-bda-kl@gmx.de

Hier kann ein regelmäßiger Newsletter bestellt werden.

Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain

Zehn Jahre SCI-Workcamps

Im Kriegsgefangenenlager Zeithain starben während des Zweiten Weltkriegs 25.000 bis 30.000 sowjetische Kriegsgefangene infolge der menschenverachtenden Behandlung durch die deutsche Wehrmacht. Durch eine museale Ausstellung in der Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain und auf drei weiteren Friedhöfen wird heute an die Opfer erinnert. Der Ort des Leidens, das historische Lagergelände selbst, blieb dagegen lange Zeit aus dem öffentlichen Gedächtnis ausgeklammert. Nach dem Krieg als sowjetisches Panzerübungsgelände genutzt, lag es bis 1994 in einem militärischen Sperrgebiet.

Erst 2002 wurde es möglich, das Areal zu betreten und archäologisch zu untersuchen. Pionierarbeit hierzu leisten die seit 2003 alljährlich veranstalteten internationalen archäologischen Workcamps des Service Civil International (SCI), einer internationalen Friedensorganisation, die sich durch Freiwilligenarbeit in zahlreichen Ländern für den interkulturellen Austausch einsetzt.

Mit Hilfe der freiwillig arbeitenden Jugendlichen auf dem Lagergelände können grundlegende Informationen über die Lagerreste und ihren Überlieferungszustand gewonnen werden. Auf ihrer Basis soll das ehemalige Lagergelände in Form eines mehrsprachigen Geschichtslehrpfades künftig als »authentischer Ort« für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Zum mittlerweile zehnten Mal findet ein internationales SCI-Workcamp in diesem Jahr in Zeithain statt, welches von der Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain, dem gleichnamigen Förderverein und der Stiftung Sächsische Gedenkstätten veranstaltet wird.

Vom 4. bis 25. August arbeiteten 13 Jugendliche aus acht verschiedenen Ländern wie Spanien, Taiwan, Kanada, Russland und Ukraine auf dem Gelände des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden wie bei den neun vorangegangenen Workcamps von der Archäologin und Denkmalpflegerin Bärbel Schulz (Berlin) betreut und fachlich angeleitet.

In diesem Jahr werden jedoch keine archäologischen Grabungen durchgeführt. Die Arbeiten konzentrieren sich vordergründig auf den Schutz und die Pflege der bislang lokalisierten und untersuchten archäologischen Relikte, um diese für den geplanten Geschichtslehrpfad zu erhalten.

Claudia Vetters (Förderverein Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain e.V.)



Verwaltungsgerichtsentscheidung

»Extremismusklausel« ist rechtswidrig

Vielerorts in Sachsen positionieren sich zivilgesellschaftliche Initiativen und Vereine gegen rechte Aktivitäten und diskriminierendes Gedankengut. Sie leisten Aufklärungsarbeit gegen lokale Nazistrukturen und unterstützen Betroffene rechter Gewalt. Durch die sogenannte »Extremismusklausel« sehen sich jene Projekte in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt und in ihrem Fortbestand ernsthaft bedroht. Das Dresdner Verwaltungsgericht hat nun die umstrittene Klausel für rechtswidrig erklärt.

Auch im vogtländischen Plauen existiert seit 2009 mit MOVE (»Menschen ohne Vorurteile erreichen«) eine »Kontaktstelle gegen Rechts«. Seitdem ist MOVE zu einem festen Bestandteil zivilgesellschaftlicher Arbeit im Vogtland geworden. Die Konzeption des Projekts wurde vom Lokalen Aktionsplan Plauens aus dem Bundesprogramm »Vielfalt tut gut!« in die Tat umgesetzt. Inhaltlich basiert die Arbeit des »MOVE«-Büros auf drei Schwerpunkten: der Dokumentation rechter Aktivitäten, der Schaffung einer Kontaktstelle für Betroffene rechter Gewalt und der Einrichtung einer Netzwerkstelle, an der die Arbeit verschiedener Vereine zusammenläuft.

Rückblick ins Jahr 2010: Bundesfamilienministerin Kristina Schröder ließ verlauten, in Zukunft von zivilgesellschaftlichen Initiativen ein Bekenntnis zur »freiheitlich-demokratischen Grundordnung« zu verlangen. Was auf den ersten Blick als ein harmloser, demokratischer Vorgang erscheint, riecht schon nach dem zweiten Blick verdächtig nach Reglementierung und Kontrolle. Denn letztendlich fordert das Ministerium nichts Geringeres als die Offenlegung aller politischen Partner der betroffenen Initiativen und droht, falls diese als verdächtig erscheinen, mit der Einstellung sämtlicher staatlicher Fördermittel. Die Tragweite dessen wird unter anderem darin sichtbar, dass beispielsweise in Bayern der VVN-BdA oder die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle (a.i.d.a.) e.V. vom Verfassungsschutz als »linksextremistisch« eingestuft werden. Für viele Vereine, die sich gegen Rassismus und Neofaschismus engagieren, würde dies eine erhebliche Einschränkung der Arbeit, wenn nicht sogar das völlige Aus, bedeuten.

Es stellt sich die Frage: Wie lässt sich demokratisches, soziales und ziviles Engagement mit dem Zwang zur Reglementierung vereinbaren? Auch MOVE ist angewiesen auf die Fördermittel von Bund und Land und somit zwangsläufig dem Vorwurf, linksextremistisch zu sein, ausgesetzt. Es ist daher ein schmaler Grat, sich unter diesen Umständen für eine demokratische, tolerante und vielfältige Gesellschaft zu engagieren.“

Katrin Siegel - Projektkoordinatorin Move-Kontaktstelle gegen Rechts

Neuartige Projekte und Workshops

Marco Helbig – Der Reimteufel

2011 wurde erstmals der Preis »Couragiert in Leipzig!« vergeben. Marco Helbig, der »Reimteufel«, Jahrgang 1979, erhielt ihn für seine Musikprojekte zum Thema Rassismus.

Seine Workshops im Bereich Rap und Hip-Hop geben Jugendlichen die Möglichkeit, sich durch Musik auszudrücken. Dazu gehört das Projekt mit dem Jugend- und Kulturzentrum Villa, mit dem das Problem der Stigmatisierung unter Jugendlichen thematisiert wird, ebenso wie ein Projekt mit gehörlosen Jugendlichen, in dem Texte des »Reimteufels«, in Gebärdensprache übersetzt, simultan zu den Auftritten dargeboten werden. Es sind Projekte für Demokratie und Toleranz, gegen Diskriminierung und Rassismus sowie jeglicher Art von Ausgrenzung. Dennoch: Aus Kostengründen steht das letztgenannte Projekt wohl kurz vor dem Aus.

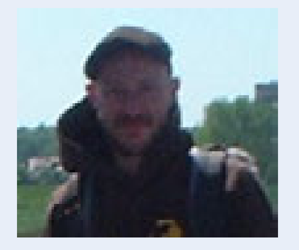
Marco Helbig engagiert sich nicht nur politisch schlechthin.

Er betreibt Jugendarbeit auf einer anderen Ebene, ist, weg von der musikalischen Arbeit, umweltpolitisch aktiv. Und das nicht erst, seitdem er für Greenpeace arbeitet.

Er fokussiert seine Kunst auf das Leben der Menschen und ihre Umwelt. So reflektiert er tägliches politisches Geschehen vor und auf der Bühne. Er sieht sich als jemand, der versucht, den Menschen»wach zu rütteln«.

Wer sich einen visuellen und akustischen Eindruck vom »Reimteufel« verschaffen möchte, dem seien seine Internetauftritte empfohlen (z. B. »Hoffnungsschimmer«, »Stolpersteine«).

Richard Gauch - Leipzig



V. i. S. d. P.: Peter Giersich

Redaktion: Landesvorstand Sachsen
Zuschriften bitte an
VVN-BdA Sachsen
Wettiner Platz 10
01067 Dresden
E-mail:
vvn-bda-sachsen@t-online.de

Spendenkonto

Commerzbank Dresden,

BLZ: 85080000, Konto-Nr.: 528211100

Neonazi-»Flaggschiff« auch in Hessen gestrandet

Antifa gegen NPD 6:0«

Antifa gegen NPD 6:0. Das ist sportlich formuliert das Ergebnis der groß angekündigten NPD-»Deutschlandrundfahrt« durch Hessen. In Frankfurt, Wiesbaden, Darmstadt, Offenbach, Marburg und Kassel hatte die NPD Kundgebungen »Heimat bewahren – Einwanderung stoppen!« angemeldet, an denen im Schnitt jeweils höchstens ein Dutzend Nazis gezählt wurden, während bei der antifaschistischen Gegenwehr – trotz Sommerferien und teils sehr kurzfristiger Mobilisierung – gut 2500 Menschen auf den Beinen waren.

Bei dieser Rundfahrt wurde der aktuell desolate Zustand der hessischen NPD sichtbar. Die einzigen Zuhörer waren die Besatzung des LKWs und ein mitfahrender Kleinbus, in dem die »NPD-Prominenz« und ihre Lakaien Platz fanden.

An keinem der angemeldeten Veranstaltungsorte hatten die Nazis ihre Freude. In Frankfurt verhinderte eine große Blockade, dass der Propaganda-LKW überhaupt auf den Römerberg fahren konnte, wo die Kundgebung stattfinden sollte. Die Polizei beendete alsbald den Versuch, die Blockade abzuräumen. Dazu hat neben den entschlossenen Blockierern auch die prominente Beteiligung an der Protestkundgebung beigetragen: Hier sprachen der DGB-Vorsitzende Harald Fiedler, die Pröpstin der Evangelischen Kirche von Rhein-Main, Gabriele Scherle, Frankfurts Bürgermeister Olaf Cunitz (Grüne) und Frankfurts Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD).

In Wiesbaden war der Protest verhaltener, weil man sich nicht auf einen gemeinsamen Protest einigen konnte, aber die Nazis standen dennoch im Abseits. Sie beschallten faktisch das Bahnhofsgebäude und den Park, erreichten jedoch keine Zuhörer.

Die Kundgebung in Darmstadt wurde durch den grünen Oberbürgermeister verboten. Das Verbot wurde jedoch vom Hessischen Verwaltungsgerichtshof wieder aufgehoben, so dass der NPD ein Teil des Luisenplatzes überlassen werden musste. Gut 600 Demonstranten übertönten mit Rufen, Trillerpfeifen und Sirenen die NPD-Ansprache. Zur Gegendemonstration hatten Oberbürgermeister Jochen Partsch (Grüne) und die Parteien des Stadtparlamentes, der DGB, Ausländerbeirat, Stadtjugendring und die VVN-BdA aufgerufen.

OB Partsch verlangte, die Rechtsprechung müsse von ihrer bisherigen Haltung, bei der NPD handele es sich um eine rechtsstaatliche Partei, abrücken. »Nach der NSU-Mordserie und angesichts des wachsenden Rechtsterrorismus in unserem Land brauchen wir eine Neubewertung der Lage.«

In Offenbach traf die NPD auf mehrere hundert Demonstranten von DGB, SPD, Grüne, Linke, DKP, Naturfreunde, Heinrich-Heine-Club, VVN-BdA, Courage und attac. Unter dem Motto »Offenbach ist zu schön, um braun zu sein - Kein Platz für Nazis in Offenbach« übertönten sie mit Trillerpfeifen, Sirenen und Sprechchören die Lautsprecher der NPD. Nach einer Stunde beendete die NPD ihre Kundgebung. Auch hier beteiligte sich der Oberbürgermeister, Horst Schneider (SPD), an den Protesten.

Den Schlusspunkt setzten Marburg und Kassel. Morgens umringten etwa 500 Antifaschisten, unter ihnen politische Prominenz, auf dem Festplatz am Afföller eine Handvoll Nazis, die unter großem Polizeischutz in die Leere sprachen. Nachmittags stellten sich ebenfalls mehrere Hundert auf dem Leipziger Platz der NPD entgegen. Ein Bündnis aller im Stadtparlament vertretenen Parteien hatte gemeinsam mit Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften und auch der VVN-BdA zu einer Protestkundgebung in unmittelbarer Nähe des geplanten Kundgebungsortes aufgerufen.

Gemeinsam verhinderten sie durch Lärm und große Transparente, dass die Nazipropaganda hör- und sichtbar wurde. Nach knapp einer Stunde strichen die Nazis ihre Segel. Das »Flaggschiff« ist auch in Hessen gestrandet.

Bernd Kant



Der Zugang zum Frankfurter Römerberg blieb versperrt. *Foto: Freyeisen*

Einladung zur Jahreshauptversammlung der Frankfurter VVN

In Frankfurt am Main haben sich mehrere Mitglieder bereitgefunden, zusammen mit den bisher Aktiven, sich in der Arbeit der Frankfurter VVN zu engagieren. Begonnen werden soll mit der satzungsgemäß vorgeschriebenen Jahreshauptversammlung als Mitgliederversammlung.
Sie soll stattfinden unter dem Motto »Zukunft gestalten – Generationswechsel entfalten«
am Samstag, dem 27. Oktober 2012, um 15.00 Uhr, im Saal des AWO-Zentrums Nordend, Eckenheimer Landstr. 93, in Frankfurt am Main.

Auf dem Tagesordnungsvorschlag stehen:

- **eine Diskussion über die Aufgabenfelder der VVN-BdA und die Arbeit der Frankfurter VVN**
- **Berichte des Vorstandes und dessen Entlastung**
- **die Wahl des neuen Vorstandsgremiums (Sprecher/innenrat oder Kreisvorstand)**
- **weitere Wahlen (Revisoren, Delegierte und Vertreter/innen im Landesausschuss)**
- **Beschlussfassung von Anträgen.**

Antragsschluss ist der 15.Oktober 2012 (Posteingang beim Büro der KV, Eckenheimer Landstr.93, 60318 Frankfurt am Main).

In der Einladung wird darauf hingewiesen, dass stimm- und wahlberechtigt nur Mitglieder der Kreisvereinigung der VVN-BdA sind. Mitglied ist, wer seinen Beitrag bezahlt hat; das sei auch noch bei Beginn der Versammlung möglich.

Zur Einladung und Vorbereitung der Jahreshauptversammlung haben sich zusammengefunden:

Dieter Bahndorf, Uschi Dossier, Uli Engel, Doris Fisch, Elena Grinberg, Rolf Heinemann, Anne Kahn, Lorenz Knorr, Mike Yu-Hülser und Peter C. Walther

Meldungen aus Hessen

Gingold-Pokal

Unter dem Motto »Rechtsaußen bleibt draußen« fand am 25. August in Frankfurt-Niederrad ein Antirassistisches Fußballturnier der DGB-Jugend statt.

Die Sieger erhielten als Preis den Ettie-und-Peter-Gingold-Pokal.

Rechts bei der CDU

Hans-Jürgen Irmer, schulpolitischer Sprecher der hessischen CDU-Landtagsfraktion gab erneut rechtsradikale Töne von sich.

Im Hesssischen Rundfunb verkündete er, die »Täuschung Andersgläubiger« gehöre zum »Wesen des Islam«. Im »Wetzlar Kurier« schrieb er: »Wir brauchen nicht mehr Muslime, sondern weniger.«

Die CDU lehnt es ab, sich von den Hass-Parolen Irmers zu distanzieren. CDU-Sprecher Schork verteidigte sie als »berechtigte Skepsis am Islam«.

Roma-Diskriminierung

Anlässlich der Gedenkstunde an die Verfolgung und den Massenmord an Sinti und Roma während der Naziherrschaft erinnerte Joachim Brenner vom Frankfurter Förderverein Roma an die aktuelle Diskriminierung und an Repressalien gegen Sinti und Roma heute.

Zum Tode des Résistance-Kämpfers, der am 12. Juli in Frankfurt am Main gestorben ist

Ein bewegender Abschied von Hans Heisel

Abschied vom verstorbenen Résistance-Kämpfer Hans Heisel nahmen im Frankfurter DGB-Gewerkschaftshaus weit über hundert Angehörige antifaschistischer Organisationen und Initiativen, aus Gewerkschaften, Parteien und sozialen Verbänden. Ebenso nahmen die Lebenspartnerin Emmi Baumann und die Tochter Erika Schmidt mit Angehörigen an der Gedenkveranstaltung teil.

Hans Heisel war am 12. Juli im Alter von 90 Jahren in Frankfurt am Main, wo er in seinen letzten Lebensjahren wohnte, verstorben.

Bis zu seinem Tode war Hans Heisel einer der letzten noch lebenden Widerstandskämpfer gegen das Naziregime. 18jährig war er 1940 mit der deutschen Besatzung als Marinesoldat und Funker im Marinestab nach Paris gekommen. Dort wurde er durch Kontakte zu Angehörigen der Résistance und durch eigenes Zutun zum Nazigegner und schließlich zum Mitkämpfer in der französischen Widerstandsbewegung.



Bild: Meyers

Noch als Marinesoldat hatte er die französische Widerstandsbewegung mit Informationen und auch mit Waffen versorgt. Zusammen mit weiteren Nazigegnern, von denen er einige selbst gewonnen hatte, bildete er im Marinestab eine antifaschistische Zelle.

Schließlich verließ Hans Heisel die Marine und wurde aktiver Mitkämpfer in der Résistance. Dort wirkte er u.a. in der Einheit des legendären Colonel Fabian an der Befreiung vom Nazifaschismus mit. Er gehörte zu den Mitbegründern der „Bewegung Freies Deutschland für den Westen" (CALPO), deren Vizepräsident er wurde; ebenso engagierte sich Hans Heisel später in der DRAFD.

In Frankreich war er wegen seines aktiven antifaschistischen Einsatzes angesehen und geachtet. Nur in der Bundesrepublik wurde er zu Zeiten des Kalten Krieges und des KPD-Verbots als Kommunist erneut verfolgt und mit fünfzehn Monaten Haft bestraft. Über seine Lebensgeschichte und seinen Kampf gegen den Faschismus ist in mehreren Medien, darunter im deutsch-französischen Fernsehsender ARTE, berichtet worden. Hans Heisel selbst trat in seinen letzten Lebensjahren in Schulen, vor Jugendlichen und in Veranstaltungen als Zeitzeuge auf. Mit seiner eher leisen, lebenswürdigen Art des Auftretens, oft mit trockenem Humor gewürzt, gewann er schnell das Interesse und die Sympathien seiner Zuhörerinnen und Zuhörer.

Als Hans Heisel starb, meldeten alle drei Frankfurter Tageszeitungen (FAZ, Frankfurter Rundschau und Frankfurter Neue Presse) seinen Tod, ebenso die französische „l´Humanité". In der FNP hieß es: „Frankfurt trauert um zwei Persönlichkeiten" – mit einer war Hans Heisel gemeint und abgebildet. In drei deutschen Tageszeitungen erschienen Traueranzeigen mit über zweihundert Unterzeichner/innen.

Mit seinem Tod hat die antifaschistische Bewegung einen engagierten Kämpfer, einen liebenswerten Menschen, einen treuen Freund, Kameraden und Genossen verloren.

Auf der Veranstaltung im Frankfurter Gewerkschaftshaus würdigten Peter Christian Walther für die VVN-BdA, Cora Mohr für den Studienkreis Deutscher Widerstand und Patrik Köbele für die DKP in ihren Ansprachen den Verstorbenen und seine Verdienste, vor allem aber auch seine Liebenswürdigkeit, seine Freundlichkeit und Aufgeschlossenheit gegenüber den Menschen, mit denen er in Berührung kam.

GEGEN DAS VERGESSEN

Veranstaltung des Auschwitz-Komitees

Zum Gedenken an die Pogromnacht Vor 70 Jahren

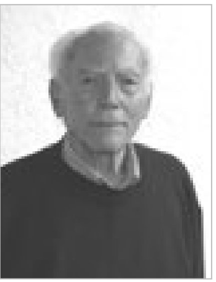
Der 9. November 1938

- ***Esther Bejarano* berichtet von der Pogromnacht 1938 in Ulm**
- ***Schlomo Schwarzschild* spricht über seine Erinnerungen an den 10. November 1938 in Hamburg**

Vom Besatzungssoldaten zum Widerstandskämpfer

Der ehemalige Wehrmachtsangehörige *Hans Heisel* berichtet über seine Arbeit in der Résistance während der deutschen Besetzung von Paris





Musik:
»Lider fars Lebn«
Esther und Edna Bejarano
und die Gruppe
COINCIDENCE

Donnerstag • 6. Nov. 2008 • 19.30 Uhr

Hörsaal 1 des DWP • [frühere HWP]
Department für Wirtschaft und Politik, Universität Hamburg
Von-Melle-Park 9 • auf dem Campus

Mahnwache auf dem Joseph-Carlebach-Platz [Grindelhof, Platz der ehemaligen Bornplatzsynagoge] Donnerstag, 6. November 2008, 15.30 bis ca. 17 Uhr Es sprechen u.a.: Ruben Herzberg – Jüdische Gemeinde Hamburg, ein Vertreter der Universität Hamburg, Wolfgang Rose – Gewerkschaft ver.di Hamburg, Schlomo Schwarzschild aus Israel und Steffi Wittenberg – VVN-BdA Hamburg Veranstalter: VVN-BdA Hamburg, Jüdische Gemeinde Hamburg, Universität Hamburg, Unterstützer: Auschwitz-Komitee, Bürgerinitiative Grindelhof, JONS e.V., ‚Mechadasch' Hamburg, Pax Christi, Schule Altrahlstedt, ver.di Landesbezirk Hamburg	»Empfänger unbekannt«. Szenische Lesung mit Michael Altmann aus dem Briefroman von Kathrine »Kressmann« Taylor, 1938 erstmals in der New Yorker Zeitschrift »Story« erschienen Sonntag, 9. November 2008, 20 Uhr Polittbüro, Steindamm 45 Mit Unterstützung durch das Auschwitz-Komitee	Workshop »Die interministerielle Konferenz im Reichsluftfahrtministerium am 12. November 1938 Die politische Führung bespricht die Folgen des Pogroms und die weiteren Planungen zur Verfolgung der jüdischen Bevölkerung« Seminarveranstaltung des Auschwitz-Komitees am Donnerstag, 13. November 2008, 18-22 Uhr Anmeldung auf der Veranstaltung am 6.11. oder per Email: AuschwitzKomitee@t-online.de oder Auschwitzkomitee@aol.com

Eintritt frei!
Der Raum ist mit dem Rollstuhl erreichbar, bei Bedarf wird die Veranstaltung in Deutsche Gebärdensprache gedolmetscht.
Mit Unterstützung durch den Fachschaftsrat des DWP • Die Veranstaltung wird gefördert durch die Kulturbehörde Hamburg.
V.i.S.d.P.: Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Ein Beispiel der Zeitzeugen-Aktivitäten von Hans Heisel.

Mathias Meyers, der zusammen mit P.C.Walther die Abschiedsveranstaltung organisiert hatte und sie nun gefühlvoll moderierte, hat Hans Heisel in dessen letzten Lebensmonaten sehr hilfreich begleitet. Mit liebevollen Worten verabschiedete auch er sich von dem Verstorbenen.

In Bildern, der Wiedergabe von Interviewausschnitten und dem Verlesen von Texten des Verstorbenen und Texten über ihn, von Anne Wanninger und Max Matthes vorgetragen, trat Hans Heisel noch einmal lebhaft und eindrucksvoll in Erscheinung.

Vorwiegend mit französischen Liedern gab Bernd Köhler, ein anerkannter und ausgezeichneter Liedermacher und Sänger, der Veranstaltung stimmungsvoll einen besonderen Rahmen.

Der Nachmittag im Frankfurter Gewerkschaftshaus trug so dazu bei, bei den Teilnehmern die Erinnerungen an Hans Heisel in angenehmer Weise zu festigen. Die Veranstaltung bestätigte: Wir werden ihn niemals vergessen.

P.C.Walther

Redaktion: P. C. Walther
Landesverband der
VVN-BdA Hessen,
Eckenheimer Landstraße 93,
60318 Frankfurt a. Main,
Telefon und Fax:
069 / 5 97 05 24,

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!
Spendenkonto:
VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
Postbank Frankfurt
Kontonr. 49 330 - 602 , BLZ 500 100 60

Späte Würdigung für das antifaschistische Lebenswerk eines West-Berliners

Gedenktafel für Wolfgang Szepansky enthüllt

Es gehört zu den Kuriositäten der bundesdeutschen Geschichte, dass Menschen für ihr antifaschistisches Engagement sowohl mit Berufsverbot belegt als auch mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt wurden. Zu diesen Menschen gehört Wolfgang Szepansky. Er wurde jetzt in Kreuzberg mit einer Gedenktafel geehrt, genau an der Stelle, wo er am 11. August 1933 an die Mauer der Kreuzberger Schultheißbrauerei in der heutigen Methfesselstraße die Parole »Nieder mit Hitler! KPD lebt! Rot Front!« malte.



Gedenktafel für Wolfgang Szepansky an der Mauer der ehemaligen Schultheiß-Brauerei in der Kreuzberger Methfesstraße. ***Foto: Jutta Harnisch***

Er wurde dabei verhaftet, kam kurzzeitig ins KZ Columbiahaus, emigrierte vor Prozesseröffnung in die Niederlande, wurde 1940 nach Deutschland ausgeliefert, dann wegen »Rassenschande« (er hatte ein Kind mit einer Jüdin) ins Gefängnis Tegel gesperrt, nahtlos schloss sich das KZ Sachsenhausen an. 1945 wurde er auf dem Todesmarsch von englischen Truppen befreit. Sofort nach der Befreiung engagierte er sich beim antifaschistischen Neuaufbau in seinem Heimatbezirk Tempelhof, wurde Zeichenlehrer, wegen Engagements für die SED aber bald entlassen, später wurde er Clubleiter bei der Deutschen Reichsbahn.

Ab den siebziger Jahren berichtete er als Zeitzeuge (da gab es den Begriff noch nicht) und unermüdlicher Aufklärer in Schulen, bei Führungen in der Gedenkstätte Sachsenhausen (mit insgesamt etwa 40.000 meist jugendlichen Teilnehmern) und auf insgesamt 69 antifaschistischen Stadtrundfahrten, zu deren Initiatoren er gehörte, über sein Leben im Widerstand, im Exil und in Gefangenschaft.

Bis ins hohe Alter erinnerte er an ermordete Freunde und Genossen und warnte vor einem Wiedererstarken faschistischer Ideologie. »So etwas wie den Faschismus darf es niemals wieder geben«, wurde zu seinem Lebensmotto. Für seine Verdienste bei der »Aufarbeitung der Geschichte des nationalsozialistischen Deutschlands« wurde ihm wie auch seiner Frau Gerda 1996 das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Öffentliche Ehrungen für einen Kommunisten gibt es auch heute noch nicht ohne Widerstand. So gingen der Ehrung mehr als zweijährige hartnäckige Bemühungen der VVN und des Vereins Aktives Museum voraus, die nun einen erfolgreichen Abschluss fanden. Die Anbringung an der ursprünglich für die Gedenktafel vorgesehenen Stelle im Einfahrtsbereich des ehemaligen Brauereigeländes wurde nach vielen Gesprächen und Verhandlungen von den heutigen Eigentümern abgelehnt, mit dem vorgeschobenen Argument, Denkmalschutzgründe sprächen dagegen. Auf dem ehemaligen Brauereigelände befindet sich heute eine »gehobene Eigentumswohnanlage«. Die Initiatoren ließen sich durch die Absage nicht von ihren Plänen abbringen. Flugblätter und eine Informationsveranstaltung sorgten für Öffentlichkeit. Durch Vermittlung des Friedrichshain-Kreuzberger Bürgermeisters Dr. Franz Schulz von Bündnis 90/Die Grünen gelang es, das Einverständnis der Firma Baywobau zu erlangen, der ein anderes Stück der Brauereimauer gehört.

Auf den Tag genau 79 Jahre nach der Malaktion wurde die Gedenktafel durch Wolfgangs Tochter Regina Szepansky enthüllt.

Bürgermeister Schulz würdigte in seinem Grußwort ausdrücklich sowohl den Widerstand als auch das Engagement Wolfgang Szepanskys nach der Befreiung und sein Wirken als Zeitzeuge. Christine Kühnl-Sager vom Aktiven Museum, die den Großteil der zähen Verhandlungen mit den Eigentümern übernommen hatte, schilderte noch einmal den schwierigen Kampf. Abschließend skizzierte Regina Szepansky in ihrer Ansprache noch einmal den Lebensweg und den Kampf ihres Vaters.

An der Feierstunde nahmen ca. 120 Personen teil, viele von ihnen hatten Wolfgang, der 2008 starb, noch gekannt. Es waren beinahe doppelt so viele gekommen wie von den Initiatoren erwartet. Eine weitere Ehrung für sein Lebenswerk.

Frieder Böhne

Arbeitskreis ließ Namen verlesen

Den Namenlosen eine Stimme geben

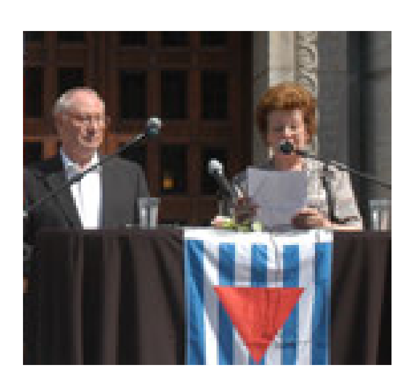
Der Arbeitskreis zum Gedenken an die in der sowjetischen Emigration verfolgten, deportierten und ermordeten deutschen Antifaschisten bei der Berliner VVN-BdA hatte am 25. Juli zu einer Gedenkveranstaltung auf dem Rosa-Luxemburg-Platz eingeladen. Vor 75 Jahren begann auf Anordnung Stalins und organisiert durch den Geheimdienst NKWD die Deutsche Operation.

In der UdSSR lebende Deutsche wurden unter den Generalverdacht profaschistischer Spionage- und Diversionstätigkeit gestellt. Zum ersten Mal gab es in Berlin ein öffentliches Gedenken für Deutsche, die in den Jahren 1937/38 dem staatlichen Terror in der Sowjetunion zum Opfer fielen. Ein Land, das sie als Ort der Zuflucht und der Verwirklichung ihres Traums von einer gerechteren Gesellschaftsordnung gewählt hatten.

Mitglieder des Arbeitskreises verlasen Namen, Vornamen und Alter von 754 Menschen. Den einst namenlos Verscharrten gaben sie am 25. Juli wieder eine Stimme. Alex Glesel, 1935 geboren, las: Glesel, Samuel, 27 Jahre alt. Der Vater, ein jüdischer Kommunist, wurde am 5. November 1937 in Leningrad erschossen. Alex kam, als seine Eltern Anfang September 1937 festgenommen wurden, in ein Kinderheim. 1948 gelangte er aus Sibirien zu seiner Mutter in das Arbeitslager nach Karaganda und konnte 1956 in die DDR ausreisen.

Eine wichtige und bewegende Veranstaltung, - mit diesen oder ähnlichen Worten verließen viele der über 100 Teilnehmer nach einer Stunde langsam den Platz vor der Volksbühne.

Hans Coppi



Alex und Inge Giesel verlesen Namen von deutchen Opfern des stalinistischen Terrors
Foto: Kappa Photo

Gedenken an die deutschen Opfer des stalinistischen Terrors

Ein Wort zu den Lehren aus der Geschichte

Das Gedenken an die deutschen Opfer des stalinistischen Terrors am 25. Juli auf dem Rosa-Luxemburg-Platz löste viel Zustimmung, aber auch Widerspruch aus. So gab es die Behauptung, dass die Berliner VVN-BdA mit ihrer Veranstaltung den Rassisten und Gegnern der antikapitalistischen Kräfte Wasser auf ihre Mühlen gebe und damit der Hetze gegen die Sowjetunion und die DDR Vorschub leiste. Darauf erwiderte Thomas Kuczynski:



Dr. Inge Münz-Koenen vom Arbeitskreis zum Gedenken an die in der sowjetischen Emigration verfolgten deutschen Antifaschisten bei der Berliner VVN-BdA *Fotos: Kappa Photo*

Die erste Stellungnahme, die das Berliner »Bündnis für Soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde« e. V. (BüSGM) zum Verlesen der Namen von Opfern der »Deutschen Operation« am 25. Juli abgegeben hatte, fand zwar nicht meine Zustimmung, traf aber noch auf ein gewisses Verständnis meinerseits, da ich weiß, wie außerordentlich schwer es manchen fällt, sich über die Fehler der Vergangenheit in aller Offenheit zu äußern. Die nunmehr nachgereichte »Ergänzung«, mit der es seine Teilnahme am diesjährigen Tag der Erinnerung und Mahnung absagt, zwingt mich allerdings zur Stellungnahme.

Nicht von der VVN-BdA sind »Faschismus und Kommunismus… de facto gleichgesetzt« worden. Das hat vielmehr seit 1956 die SED praktiziert, natürlich inoffiziell. Ich nenne Nathan Steinberger, meinen Lehrer in Geschichte der Politischen Ökonomie, 1932 auf Einladung des Agrarinstituts der Kommunistischen Internationale nach Moskau gegangen (nicht emigriert, das war damals nicht nötig), Agrarexperte der KPD, 1935 in Moskau promoviert, im April 1937 verhaftet, zehn Jahre Arbeitslager an der Kolyma, 1955 rehabilitiert und anschließend in der DDR, also keineswegs Opfer des Faschismus, aber – wie so viele Opfer des Stalinismus – in der DDR anerkannt als Verfolgter des Naziregimes (VdN) und seit seinem 60. Geburtstag Bezieher der entsprechenden VdN-Rente.

Von der SED sind die Opfer von Faschismus und Stalinismus nicht nur de facto, sondern sogar de jure gleichgesetzt worden. Dies darf in der Debatte nicht verschwiegen werden.

Ich nenne Nathan Steinberger auch, weil er sich nie an das angeblich »verordnete«, in der Tat von der SED-Führung lediglich erbetene bzw. gewünschte Schweigen gehalten hat. Sehr genau erinnere ich mich, wie er im Sommer 1966 unsere Seminargruppe (an der damaligen Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst) nach der letzten Lehrveranstaltung zu einem Glas Bier in eine nahegelegene Kneipe einlud und uns, die meisten von uns waren parteilos, aus seinem Leben erzählte, auch aus seinem Lagerleben und aus der Zeit davor. Das war sehr lehrreich, und es ist mir bis heute Zeugnis gegen all jene, die meinten und meinen, »man« hätte nichts darüber wissen können oder »man«hätte nicht darüber sprechen dürfen. Es ging durchaus, es bedurfte »nur« des Mutes gegenüber dem Freund (der so viel schwerer aufzubringen ist als der Mut gegenüber dem Feind).

Dem Argument, dass die Berliner VVN-BdA mit einem Gedenken an die Opfer des stalinistischen Terrors »den Rassisten und Gegnern einer antikapitalistischen und sozialistischen Gesellschaft Wasser auf ihre Mühlen gibt und damit der … Hetze gegen die Sowjetunion und die DDR Vorschub leistet«, sei ein zu SED-Zeiten zwar gedrucktes, aber kaum zitiertes Lenin-Wort entgegengehalten: »Wir dürfen unsere Fehler nicht verheimlichen, weil der Feind das ausnutzen könnte. Wer das fürchtet, ist kein Revolutionär. Im Gegenteil, wenn wir den Arbeitern offen sagen: ›Ja, wir haben Fehler gemacht‹, so bedeutet das, daß wir sie das nächste Mal nicht wiederholen …« (Rede auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale. In: Werke, Band 32, Seite 500). Wollen die Mitglieder des Vorstands des BüSGM zukünftig die alten Fehler wiederholen? Oder waren es ihrer Meinung nach gar keine Fehler? Dazu fehlt leider jede Stellungnahme.

Die Begründung für die Absage an den ungenannt gebliebenen Veranstaltungsort, es handelt sich um das Tempelhofer Feld, ist völlig unverständlich: Er sei für antikommunistische Propaganda genutzt worden. Welcher Ort in Berlin ist das nicht? War es etwa keine antikommunistische Propagandaveranstaltung, als vor fast achtzig Jahren auf dem damaligen Opernplatz, dem heutigen August-Bebel-Platz, die Bücherverbrennung stattfand? Seien wir doch froh, wenn solche Orte endlich auch für antifaschistische Veranstaltungen genutzt werden können.

Noch ein Wort zu den Lehren aus der Geschichte: Als sich nach 1933 Kommunisten und Sozialdemokraten in den Konzentrationslagern begegneten, schworen viele von ihnen, dass sich das nie wiederholen dürfe, dass sie sich nicht noch einmal auseinanderdividieren lassen dürfen. Möge sich diese Erfahrung nicht wiederholen, mögen sich Mitglieder des BüSGM und der VVN-BdA nicht in neu errichteten Lagern begegnen und wieder schwören müssen - denn bekanntlich ist, wer die Vergangenheit beschweigt, dazu verdammt, sie noch einmal zu erleben.

Thomas Kuczynski

Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA…

Antifa – Jour fixe

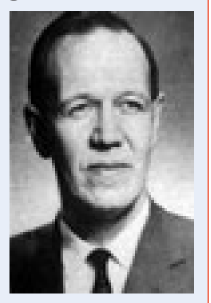
Immer um 18.30 Uhr,
immer im Café Sibylle,
Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin

Montag 17.09.2012
Ein Schwede im deutschen Widerstand 1943/44.
Zum 100. Geburtstag von Arvid Lundgren.

In der Berliner Widerstandsorganisation um Anton Saefkow und Franz Jacob wirkte 1943/44 erst ein schwedischer Sozialdemokrat, später auch andere mit, um gegen den Faschismus zu arbeiten. Sie arbeiteten als Kraftfahrer in der Botschaft ihres Landes und unterstützten gleichzeitig deutsche Antifaschisten in der illegalen Arbeit mit Papieren, Lebensmitteln, Autofahrten u.a.

Vom Leben und der Freundschaft im Krieg wird in der Veranstaltung berichtet werden, eine Gemeinsamkeit besonderer Art.

Zu der Erinnerung laden die Berliner VVN-BdA, die Initiative zur Erinnerung an den Arbeiterwiderstand und die Deutsch-Schwedische Gesellschaft Berlin e.V. ein.



Redaktion: Dr. Hans Coppi

Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin

Telefon: 030 / 29 78 41 78
Fax: 030 / 29 78 43 78

Internet:
http://berlin@vvn-bda.org
E-Mail: berlin@vvn-bda.org

Wir bitten um Spenden für den Berliner VVN-BdA!

Spendenkonto:
Postbank Berlin
Konto-Nr.: 315 904 105
BLZ: 100 100 10

Bayern-Etappe der NPD-»Deutschlandreise« wurde zum Bumerang

Braune Desaster-Tournee

Wo immer die NPD im Rahmen ihrer sommerlichen »Deutschlandreise« ihren mit Anti-Ausländer- und Anti-Euro-Parolen versehenen Propaganda-Lkw und das Begleitfahrzeug in Bayern hinsteuerte, fanden sich genügend Menschen ein, die lautstark ihren Protest zum Ausdruck brachten. So laut zumeist, dass die braunen Ansprachen buchstäblich im Nichts verhallten.

»Wie schon in den anderen Bundesländern war die Kundgebungsserie offensichtlich nicht dazu gedacht, die Öffentlichkeit zu erreichen, sondern der Zweck bestand allein in der Provokation durch diese Auftritte.« So der Internetdienst »Endstation rechts«, der die Tournee kritisch begleitete. Umso befremdlicher, dass den Provokateuren wieder einmal juristisch nicht Einhalt geboten werden konnte und dass ihnen massiver Polizeischutz zur Verfügung stand.

Dennoch: Das unüberseh- und unüberhörbare »Nein« zu den Nazis fand vielfältig Eingang auch in die lokalen Medienberichte und bescherte so den braunen Akteuren eher einen Bumerangeffekt. Wichtig war auch, dass den sich abzeichnenden (von »höherem Ort« in die Kommunen getragenen? - siehe Artikel unten) nicht nur auf die NPD-, sondern auch auf andere Neonazi-Auftritte bezogenen Strategien Einhalt geboten werden konnte, die Orte genehmigter Kundgebungen quasi »geheim« zu halten.

Augsburg, München, Regensburg, Nürnberg, Bayreuth, Würzburg: Insgesamt über 4.000 Bürgerinnen und Bürger aller Altersstufen und unterschiedlichster politischer Ausrichtung und Weltanschauung stellten sich trotz Urlaubszeit und hochsommerlichen Temperaturen den Nazis entgegen.

Zur braunen Politprominenz, die sich meist eng an den Parteilaster drückte, merkt »Endstation rechts« an: »Aus dem Präsidium der NPD machte Ronny Zasowk (Cottbus) alle bayerischen Stationen mit und hielt auch jeweils die erste Rede. Zasowk, der ein abgeschlossenes Politikstudium an der Universität Potsdam vorweisen kann, ist beim Parteivorstand verantwortlich für das ›Amt Bildung‹.

Neben ihm redete noch der stellvertretende Bundesvorsitzende Karl Richter, Stadtrat für die ›Bürgerinitiative Ausländerstopp‹ in München bei den Kundgebungen in Augsburg, München, Regensburg und Nürnberg. In Bayreuth und Würzburg übernimmt dann der stellvertretende Landesvorsitzende aus Bayern, Sascha Rossmüller, die zweite Rede. Roßmüller war lange Zeit im Bundesvorstand der NPD aktiv und dort vor allem mit Wirtschaftsfragen befasst, er ist außerdem Mitglied im Rockerclub ›Bandidos‹.«



Protest und Kritik gab und gibt es nach dem massiven Vorgehen der Polizei gegen friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten in Nürnberg.
Foto: VVN-BdA Nürnberg

Bei Gegenkundgebungen sprachen, von Stadt zu Stadt unterschiedlich, kommunale Amtsträger, Landtagsabgeordnete, Vertreter von Parteien, Gewerkschaften und Initiativen. Am Rotkreuzplatz in München war einer der Hauptredner der KZ-Überlebende und VVN-Landessprecher Ernst Grube.

In Nürnberg kam es, als sich der Lkw näherte, durch die Polizei »zu einem völlig überzogenen Einsatz (…), um der NPD den Weg frei zu machen« (»Endstation rechts«). »Es wurde Pfefferspray eingesetzt, ebenso Schlagstöcke, der stv. Geschäftsführer der Gewerkschaft ver.di wurde festgenommen. Laut Nürnberger Nachrichten (2.8.2012) seien auch ›Unbeteiligte, darunter mindestens drei Journalisten‹ mit Pfefferspray angegangen worden.« ver.di Nürnberg protestierte gegen das Vorgehen der »Ordnungskräfte« mit einer öffentlichen Erklärung.

Insgesamt bleibt jedoch trotz solch unschöner Vorkommnisse das Resümee: Die weißblaue Etappe der braunen »Deutschlandreise« wurde für die NPD weitgehend zum Desaster.

E. A.

Medienkritik am Totschweigen von braunen Aufmärschen

»Spielt Nazis in die Hände…«

Schon vor Beginn der Süd-Etappe der NPD-»Deutschlandreise« fanden Nazi-Aufmärsche und Kundgebungen in bayerischen Städten statt, bei denen eine Gemeinsamkeit auffiel: Sie waren quasi »unter Ausschluss der Öffentlichkeit« genehmigt worden und zuständige Gremien waren bemüht, nichts von den Vorhaben der extrem Rechten publik werden zu lassen. So geschehen etwa in Augsburg: »Man habe der rechten Gruppierung keine zu große Aufmerksamkeit geben wollen«, zitierte der Bayerische Rundfunk das dortige Ordnungsamt.

»Eine Neonazi-Demo in Landsberg am vergangenen Samstag sorgt ebenfalls für entsprechenden Ärger«, so der BR weiter. »Dass auch hier die Aktionen der Rechtsextremen totgeschwiegen worden seien, sei ‚genauso falsch wie das Vorgehen der Polizei bei dieser Demo‹, sagte der zuständige Sprecher der Landtags-Grünen, Sepp Dürr.

Bei der Demo war der Grünen-Politiker Ludwig Hartmann von einem Neonazi angegriffen und verletzt worden. Statt gegen den Angreifer vorzugehen, wandten sich die Polizisten laut Hartmann gegen die Grünen und zogen ›unser Transparent zu Boden‹.«

Diese Vorgänge waren Anlass für einen Kommentar von Johannes Hartl in der online-Ausgabe der Wochenzeitung »Die Zeit«.

Er nannte das »bewusste Verschweigen« eine »Strategie, die den Neonazis förmlich in die Hände spielt« und hob hervor: »Eigentlich ist es schon schlimm genug, wenn Neonazis durch die Straßen ziehen, ihre Parolen skandieren, hetzen und Hass verbreiten.

Geschieht dies aber auch noch ohne aktive Gegenwehr, so ist das ein Desaster für die demokratische Kultur. (…)

Es ist wichtig und richtig, Neonazis die Stirn zu bieten, Widerstand zu leisten – und ihnen zu zeigen, dass sie unerwünscht sind. Im Gegensatz zum blinden Ignorieren kann diese Strategie nämlich sehr erfolgreich sein, wie Gräfenberg als bayerisches Beispiel überaus eindrucksvoll bewiesen hat.«

Erfolgreiche nonpd-Unterschriftensammlung im fränkischen Weißenburg

Auch OB und Landrat unterzeichnen

Unabhängig vom wieder aktuellen Hin und Her auf Bundes- und Landesebenen, ein NPD-Verbot betreffend, unabhängig auch von manchen vollmundigen Politikererklärungen, denen dann nichts folgt, setzen die VVN-BdA und andere Engagierte die nonpd-Kampagne und die damit verbundene Unterschriftenaktion fort. Vor allem in Regionen, die besonders unter Nazi-Attacken zu leiden haben, findet sie große Resonanz.

Besonders deutlich wurde das Ende Juni im nordbayerischen Weißenburg, wo das »Landkreisbündnis gegen Rechts«, an einem Samstag 145 Unterschriften für ein NPD-Verbot sammeln konnte. Ausführlich berichtete die örtliche Tageszeitung, das »Weißenburger Tagblatt«, darüber mit Bild:



Weißenburgs Oberbürgermeister Jürgen Schröppel trägt sich am Stand des Landkreisbündnisses gegen Rechts in die nonpd-Liste ein. Rechts im Bild Georg Neubauer. *Foto: Renner/WT*

»Unter den ersten Unterzeichnern waren Landrat Gerhard Wägemann (CSU) und Weißenburgs Oberbürgermeister Jürgen Schröppel (SPD). Sie fordern damit, wie alle Unterzeichner der Kampagne, eine konsequente Durchsetzung eines NPD-Verbotsverfahrens. ›Damit bekommt man zwar das faschistische Gedankengut nicht aus den Köpfen, aber man schränkt den Spielraum der Neonazis deutlich ein‹, begründete Georg Neubauer. Er gehört zum Nürnberger Büro der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), der das Landkreisbündnis gegen Rechts bei der Unterschriftensammlung unterstützte. Für Neubauer ist und bleibt eines der wichtigsten Argumente im Einsatz gegen Neonazis, dass das faschistische Menschenbild immer mit Angriffen auf die Menschenwürde einhergeht.«

Vom örtlichen »Runden Tisch gegen Rechts« initiiert

»Landshuter Erklärung«

Mit einer »Landshuter Erklärung« hat sich das Bündnis »Runder Tisch gegen Rechts« an die Öffentlichkeit gewandt und sammelt dafür Unterschriften in der Region. Die »Erklärung« ist kurz und eingängig formuliert:

»Ja, ich bin bereit, bei einem erneuten Naziaufmarsch an einer begrenzten und gewaltfreien Aktion wie einer Blockade im Stehen oder Sitzen teilzunehmen, damit unmissverständlich deutlich wird: In Landshut ist kein Platz für Nazis.

Ja, ich erkläre mich mit allen solidarisch, die dieses Ziel teilen, auch wenn ich sonst andere politische Ansichten vertrete.«

In einem Begleitschreiben erläutern die Initiatorinnen und Initiatoren ihr Anliegen: »Seit mehr als sechs Jahren engagiert sich der Runde Tisch gegen Rechts gegen ein Erstarken der Neonaziszene in unserer Stadt und im Landkreis. Bei einer Lichterkette, einer Mahnwache und zuletzt bei der Demonstration gegen den Naziaufmarsch am 25. Februar dieses Jahres haben sehr viele Bürgerinnen und Bürger überzeugend öffentlich bekundet, dass für Nazis bei uns kein Platz ist. Vielleicht waren Sie auch dabei. Ohne Panikmache, aber mit dem erforderlichen Ernst nehmen wir die Ankündigung der Nazis zur Kenntnis, dass sie Landshut nicht vergessen werden und wiederkommen wollen. Für diesen Fall wollen wir vorbereitet sein!«

Erfahrungen in anderen Städten zeigen, dass dort, wo Menschen sich querstellten und darum die Nazis keinen erfolgreichen Aufmarsch vermelden konnten, ihre Aktivitäten geringer wurden oder ganz aufhörten. Das bedeutet doch: Wir selbst sind verantwortlich für unsere Stadt und für unseren Landkreis. Darum möchten wir diesen Propagandamärschen für die menschenverachtende Nazi-Ideologie mit Ihrer Hilfe WIDERSTEHEN und unverrückbar WIEDER STEHEN. Wir möchten uns ihnen WIDERSETZEN und uns darum WIEDER SETZEN. Mit begrenzten und gewaltfreien Aktionen wie einer Blockade wird den Nazis kein Durchkommen gelingen. (…)

»Wir wünschen uns ein breites gesellschaftliches Bündnis aus lokalen Initiativ- und Aktionsgruppen, Kirchen, Gewerkschaften, Antifagruppen, Vereinen, Parteien, Jugendverbänden, religiösen Gruppen und Einzelpersonen; kurz: Ein Bündnis aller Menschen, die bereit sind, die Unterschiedlichkeit der politischen und weltanschaulichen Ansichten hinten anzustellen, um Nazis in Landshut keinen Raum zu geben und sich solidarisch erklären mit allen, die dieses Ziel teilen.«

Wir gratulieren…

… natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen würde allerdings den Rahmen unserer »*antifa*« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten - und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

September
Praxedis Aehlig, Deisenhofen, 90 Jahre; Ruth Steinführer, München, 86 Jahre; Martin Ermer, Veitsbronn, 84 Jahre; Hans-Jürgen Nibbe, München, 84 Jahre; Klaus Poweleit, Oberammergau, 83 Jahre; Wolfgang Schöll, Lohr, 70 Jahre; Hans E. Schmitt-Lermann., München, 70 Jahre; Birgit König, München, 65 Jahre; Barbara Wangerin, München, 65 Jahre; Helga Hanusa, Regensburg, 60 Jahre.

Oktober
Gisela Freudenthal, Füssen, 86 Jahre; Jutta Franke, Bamberg, 85 Jahre; Richard Dötterl; Bamberg, 65 Jahre.



Spenden für die VVN-BdA Bayern
Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA.
Unser Konto: VVN-BdA Bayern, Postbank München, 10532-807, BLZ 700 100 80

Wichtiger Hinweis:
Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen!

Redaktion: Ernst Antoni

VVN-BdA Bayern,
Frauenlobstr. 24,
80337 München,
Tel 089/53 17 86,
Fax: 089/53 89 464,
Mail: lv-bayern@vvn-bda.de